

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2.

Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs. 16/95)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vereinbart.

Als ersten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Georg Winter, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, auf.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Die Finanzmarktkrise und die immer häufiger werdenden Einschläge erinnern mich an einen Buchtitel, der lautet: "Es geschah vor unseren Augen". Dieses Buch hat sich damals mit den Ereignissen der Sechziger- und Siebzigerjahre befasst. Berliner Mauerbau, 1968 Prag, die Ermordung der Kennedy-Brüder, Martin Luther King, RAF, all diese Dinge: Es geschah vor unseren Augen. Aber auch die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt, das müssen wir immer mehr zur Kenntnis nehmen, und niemand aus der Branche hat eingegriffen und so gemahnt, dass sie uns erspart geblieben wäre.

Nun soll man einem Sprichwort zufolge bekanntlich nicht alles über einen Leisten schlagen oder wegen eines schwarzen Schafes gleich alle zur Anzeige bringen. Trotzdem meine ich, dass es in der Branche immer mehr Einzelfälle mit großen Auffälligkeiten gibt. Sie kennen sie alle: die Festnahme eines Londoner Bankers in Singapur, wo es um große Summen ging, der Banker in Paris letztes Jahr, der allein vier bis fünf Milliarden Euro verschieben konnte, damals ein Rekord. Aber siehe da, Rekorde kann man brechen. Dann gibt es Bernard Madoff, den früheren Chef der Nasdaq, der, so die Nachrichten in diesen Tagen, Mitbürger um 50 Milliarden US-Dollar an Vermögen gebracht haben soll.

Wie gesagt, man soll nicht alle über einen Leisten schlagen, aber es ist schon interessant, welche Einzelfälle diese Branche produziert hat und produziert.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Anlass des zweiten Nachtragsetats 2008 ist die aktuelle Entwicklung bei der Bayerischen Landesbank. Ursache dieser Entwicklung ist die weltweite Finanzkrise. Das größte Handicap ist das verloren gegangene Vertrauen. Spätestens seit der Pleite von Lehman Brothers ist der Vertrauensverlust so groß, dass Geldgeschäfte und der Handel der Banken untereinander erheblich eingeschränkt sind.

Die Antwort auf die Frage, wie geht es weitergeht, wird ganz entscheidend von der aktuellen konjunkturellen Entwicklung abhängen. Bevor ich auf die Ursachen, die Verursacher und die Konsequenzen aus dieser Situation eingehe, komme ich zunächst zum Ziel und Inhalt des zweiten Nachtragsetats. Mit dem zweiten Nachtragsetat 2008 sollen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Stabilisierungsmaßnahmen bei der BayernLB, sprich die Kapitalzuführung über insgesamt 10 Milliarden Euro und die Abschirmung des ABS-Portfolios von maximal 4,8 Milliarden Euro, geschaffen werden. Für die Kapitalzuführung in Höhe von 3 Milliarden Euro in 2008 und in Höhe von 7 Milliarden in 2009 ist eine Kreditermächtigung über 10 Milliarden Euro erforderlich.

Hinsichtlich der Abschirmung wird die im Rahmen des ersten Nachtragsetat ausgebrachte Garantieermächtigung gegenüber der Bayerischen Landesbank geändert. Es wird in der Höhe der wahrscheinlichen Ausfallquote von 1,65 Milliarden Euro eine Verpflichtungsermächtigung und in Höhe des Restbetrages, nämlich von 3,175 Milliarden Euro, eine Garantieermächtigung ausgebracht.

Herr Staatsminister Georg Fahrenschon hat in den letzten Wochen sowohl die Fraktionen als auch das parlamentarische Gremium zur Begleitung der Landesbank, diese neue Einrichtung, also alle im Land vertretenen politischen Gruppierungen umfassend informiert und intensiv nach Lösungen gesucht: in Berlin, mit Brüssel, mit der Banken-

aufsicht. An dieser Stelle möchte ich ihm namens der Fraktion herzlich Danke sagen für seinen enormen Einsatz in den zurückliegenden Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung am 3. Dezember klare Linien zum Thema Landesbank für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gezogen.

(Franz Maget (SPD): Sehr richtig!)

- Danke, Herr Kollege Maget, dass Sie dies an der richtigen Stelle unterstreichen. - Dafür sind wir ihm dankbar. Jetzt geht es darum, die von ihm geforderte absolute Transparenz umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Angesichts der neuen Horrorbotschaften - eingangs wurde Madoff erwähnt - ist ein Mehr an Offenheit für die gesamte Bankenbranche dringend angesagt.

Die Debatte zum Thema Landesbank hat unabhängig von der Ursachen- und Fehlerforschung und den noch offenen Zukunftsfragen eines ganz deutlich gezeigt: Zu dem vorliegenden zweiten Nachtragsetat gibt es keine schlüssige Alternative. Es ist auch keine bessere Alternative beantragt worden, als Sie Ihnen heute im Entwurf zur Abstimmung vorliegt. Der Freistaat Bayern und wir Parlamentarier als Vertreter des bayerischen Volkes müssen vor allem daran interessiert sein, dass die Gewährträgerhaftung nicht in Anspruch genommen werden muss. Dazu soll dieser Nachtragsetat einen entscheidenden Beitrag leisten.

Die aufgezeigte Kapitalzuführung liegt darüber hinaus auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen und unserer Kommunen, die ihrerseits die Gewährträger der lokalen Kreditinstitute sind. Die vorgeschlagene Maßnahme liegt auch im Interesse der mittelständischen Wirtschaft, gerade in den jetzt konjunkturell schwierig werdenden Zeiten. Eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen ist zwingend notwendig.

Die Vertreter der Regierungskoalition im Haushaltsausschuss, also von FDP und CSU, haben dem Entwurf zugestimmt und ihn zur Annahme empfohlen. Ich denke, SPD und GRÜNE werden ihre Positionen darstellen und sagen, warum sie gegebenenfalls nicht zustimmen können.

Vonseiten der Freien Wähler gab es in der Debatte Fragen. Der Herr Staatsminister hat versucht, darauf einzugehen. Ich bin überzeugt, er wird auch heute versuchen, die Dinge verständlich darzulegen und auf eventuelle offene Fragen zu reagieren. Wir hoffen, dann besteht die Chance, dass auch die Freien Wähler dem Nachtragsetat zustimmen. Gerade sie bezeichnen sich ja als Anwalt der Kommunen im ländlichen Raum. Wie wir alle wissen, ist dieser Etat ein ganz enormer Beitrag zur Entlastung der Sparkassen und ihrer lokalen Gewährträger.

Dazu möchte ich zwei Zahlen einander gegenüberstellen. Eine Zahl für sich allein sagt bekanntlich wenig aus, während ein Vergleich aussagekräftiger ist. Der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2009 beträgt 6,3 Milliarden Euro, eine Rekordsumme. Das ist das Volumen für unsere mehr als 2000 bayerischen Kommunen, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat Bayern ist bereit, 50 Prozent der Eigenkapitalaufstockung zu übernehmen. Das sind die fünf Milliarden Euro plus den Anteil am bayerischen Schirm, nämlich 2,4 Milliarden Euro; das ist die Hälfte von den 4,8 Milliarden Euro. Der Freistaat Bayern ist also bereit, die kommunale Seite in einer Größenordnung von zusammen 7,4 Milliarden Euro zu entlasten. Das ist mehr als der bayerische Finanzausgleich mit seiner Rekordhöhe und damit genug Grund, zu sagen: Jawohl, wir sind für unsere Kommunen da; da stimmen wir zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Anlässlich der Ersten Lesung zur heutigen Haushaltsberatung hat mein Kollege Weidenbusch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des neuen Bankgremiums das Thema in aller Offenheit und Klarheit angesprochen. Ich kann mich seinen Worten und der kritischen Sichtweise nur anschließen und möchte ihm für seinen Beitrag danken.

Er hat gefordert, die Zukunftsfragen anzugehen. Dazu gehören das neue Geschäftsmodell, die Weiterentwicklung des Landesbankgesetzes und natürlich auch das, was Sie, Frau Kollegin Rupp, angesprochen haben: Wie kann in Zukunft die Aufgabenstellung einer Landesbank am besten organisiert werden, und wie soll die künftige Zusammensetzung des Verwaltungsrats aussehen?

Unabhängig davon bitte ich - ich glaube, darüber sind wir uns im Hause einig -, dass wir die Ursachenforschung nicht außer Acht lassen. Der Schaden, den die Finanzmarktkrise weltweit, auch bei uns in Deutschland und Bayern, auslöst, ist so enorm, dass eine Verengung auf die Bayerische Landesbank und deren Verantwortung viel zu kurz gesprungen wäre.

Die Ursachen sind öfter zitiert worden. Darauf möchte ich kurz eingehen. Zum einen erwähne ich den Boom an privaten Hausverkäufen in den USA, die laxe Kreditvergabe, die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank, die Zersplitterung der Verantwortlichkeiten bei diesen Papieren, sodass man am Ende nicht mehr weiß, wer wirklich zu greifen ist. Weiter nenne ich unzureichende und ineffiziente Aufsichtsstrukturen, fehlerhafte Anreizsysteme für die Manager, überzogene Krediterwartungen, Auftürmen von Risiken, die in dieser Größenordnung natürlich zur Destabilisierung beigetragen haben, und die mangelhaften Kontrollen.

Bei der Rating-Gläubigkeit kann man nur staunen, was hier an Blindheit vorlag. Damit wurden auch die Risiken unterschätzt. Aus meiner Sicht ist da viel zu viel Hand in Hand gearbeitet worden. Man muss sich die privaten Agenturen in Amerika ansehen, die wiederum im Investmentbereich engagiert waren. Das war ein schöner Kreislauf. Der gesunde Menschenverstand ist dabei nach meiner Ansicht völlig auf der Strecke geblieben.

Ich zitiere die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Im aktuellen Internetauftritt ist interessanterweise ein Presseartikel aus dem Jahr 2003 veröffentlicht. Er kann aktuell nach-

gelesen werden. Er betrifft das Thema: ABS-Anleihen könnten für Anleger interessant werden. In dem Bericht von Dyrk Scherff steht zu lesen:

Seit den frühen 90er-Jahren gibt es in Deutschland ABS-Papiere. Verbriefte Immobilienkredite machen dabei mittlerweile den größten Anteil aus. Das gehandelte Volumen wächst stetig und bekommt jetzt einen neuen Schub. Denn die großen deutschen Banken haben gerade beschlossen, bei der Ausgabe von ABS-Anleihen künftig zusammenzuarbeiten.

Die nachfolgenden Überschriften seines Beitrags lauten:

Bessere Verzinsung bei höherem Risiko - Einstieg für Privatanleger über Fonds möglich

Der Beitrag zeigt insgesamt in einer Offenheit und Nachhaltigkeit das Thema ABS auf, ebenfalls den stärkeren Einstieg und die Möglichkeit, ihn zu nutzen.

Wenn es Fehlentwicklungen gibt, stellt sich immer die Frage: Ist der Fehler neu? Ist er erstmals vorgekommen, gilt das Motto: Wer arbeitet, macht Fehler. Wichtig ist aber, dass man sie nicht wiederholt.

Hier kommt es eigentlich schlimmer. Die Fehler sind nicht so ganz neu. Es gab schon in der Vergangenheit Anzeichen für Fehlentwicklungen. Nach meinem Eindruck sind die Fehler eher perfektioniert und gesteigert worden. Sonst hätte man das, was jetzt geschieht, nicht erreichen können.

Ich nenne ein paar Beispiele aus der Vergangenheit. Der eine oder andere von Ihnen kann sich an IOS und Bernie Cornfeld erinnern, der mit ein paar hundert Dollar nach Paris gegangen ist und festgestellt hat: Statt solche Anteile an dem Fonds zu verkaufen, ist es besser, eine Fondsgesellschaft selber zu betreiben und damit das Volumen usw. zu steuern. Er hat, wie wir wissen, viele gute deutsche Sparer um ihr redlich erworbenes Geld gebracht.

Es gab aber auch schon in den 80er-Jahren einen Mahner. Das war Altkanzler Helmut Schmidt. Er hat immer wieder auf die amerikanische Gelddruckmaschine hingewiesen. Ab und zu hatte man das Gefühl: Na ja, das sagt er immer wieder. Daher hat keiner so recht auf ihn gehört. Man dachte: Da rennt ein alter Mann durch die Gegend; ganz so schlimm kann das doch gar nicht sein. Aber es war tatsächlich schlimm, wie wir heute wissen.

Mitte der Neunzigerjahre hatten wir die Südostasienblase und -pleite. Man sagte: Da engagieren wir uns nicht mehr. Man hat nicht ganz konsequent reagiert.

Horst Köhler gehört zu den aktuellen und jüngeren Mahnern dieser Entwicklung. Er ist mit vom Fach. Ich darf hier auf seine Rede vom 6. November 2007 verweisen, in der er sagt:

Die internationalen Finanzmärkte haben sich in einem Maße verselbständigt, das Sorge bereiten muss. Inzwischen ist es sogar so weit gekommen, dass die Banken, wie erklärt, sich gegenseitig nicht mehr Geld leihen wollten. Auch die Notenbanker und Finanzminister sind hoffentlich nicht nur vorübergehend nachdenklich geworden. Niemand kann mehr ausschließen, dass die nächste Finanzkrise so wie im November 2007 auf die gesamte Weltwirtschaft durchschlägt und damit rund um den Globus Arbeit und Einkommen der Menschen massiv in Mitleidenschaft zieht.

Und er sagt am 5. Mai 2008 - da gab es damals den ironischen Kommentar "Köhler befindet sich im Wahlkampf", trotzdem ist es richtig, was er sagt -:

Das einzige Gute an der Krise ist, jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken verwiesen werden muss.

Werte Kolleginnen, werte Kollegen, die drastischen Maßnahmen, die von Notenbanken und Regierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen wurden, lassen das

wahre Ausmaß der Krise erkennen. Ein ausführlicher Artikel im "Handelsblatt" fragt in seiner Schlagzeile: "Was kostet die Rettung der Welt?"

In den USA haben Regierung und Notenbank inzwischen Hilfsprogramme in der Größenordnung von 8 Billionen Dollar, also 8000 Milliarden US-Dollar, zur Stützung der Finanzbranche und Konjunktur aufgelegt. Ob sie ausreichen oder überhaupt Wirkung erzielen, ist alles andere als sicher. Die für die USA in Rede stehenden Summen übersteigen unsere Vorstellungskraft: Risikoschirm 3100 Milliarden US-Dollar, Eigenkapitalverstärkung 3000 Milliarden US-Dollar, Liquiditätshilfen 1700 Milliarden US-Dollar, nicht eingerechnet das, was für die Autobranche noch geschehen soll.

Die Warnungen, Kollege Wörner - auch das möchte ich deutlich machen -, wurden in den Wind geschlagen. Das zeigt uns eines auf, nämlich, dass wir eine gründliche Fehleranalyse benötigen. Nur so können wir Wiederholungen ausschließen. Die größte Gefahr wäre, wenn wir uns vorschnell mit Antworten begnügen würden, mit denen man die eine oder andere Woge glätten kann - so einfache Antworten könnte ich mir vorstellen -, aber das löst das Problem nicht, sondern nur dann, wenn des Pudels Kern wirklich erkannt wird. Es ist wichtig, dass uns Analyse und Ursachenforschung gelingen, um Schaden von den Mitbürgern abzuwenden.

Weil auch immer die Gefahr ist, dass wir, wenn etwas schief läuft, nach neuen Gesetzen rufen und sie verabschieden und damit alle einheitlich mit einer riesigen Bürokratie überziehen, mahne an dieser Stelle an, dass wir dies für unseren inländischen Markt gerade eben nicht tun, sondern sehr wohl differenzieren zwischen dem, was national läuft und dem, was international notwendig ist. Das Beispiel Island, ein Land mit 330.000 Einwohnern mit einer Verpflichtung von 25 Milliarden, zeigt aber auch, dass Rating keine gute Lösung ist, sondern dass es genügt hätte, genauer hinzuschauen. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, das uns sagt, wenn die Proportionen nicht mehr stimmen, denn somit nützt auch das Rating nichts. Die Konsequenzen, die wir ziehen müssen, sind uns allen klar.

Was ich noch ansprechen möchte: Es ist meine persönliche Überzeugung, dass gerade für die Eurozone in dieser Krise auch eine Chance steckt. Wir haben sehr früh begonnen unter Helmut Kohl mit der Währungsschlange und später mit der Vereinheitlichung, den Euro zu entwickeln. Er hat sich Gott sei Dank sehr schnell und gut entwickelt. Wichtig ist aber, dass wir die europäische Währung, die Eurozone, als Chance begreifen und ein Frühwarnsystem einbauen, eine europäische Rating-Agentur, losgelöst von der amerikanischen Abhängigkeit, die wir immer beklagen, und losgelöst auch von der angelsächsischen Denkweise. Wir wissen alle, gerade England hat seine Volkswirtschaft ganz stark auf Finanzdienstleistungen abgestellt. Deswegen, meine ich, wäre es gut, wenn wir in unserer Eurozone diese Aufgabe als Erstes anpacken und uns dabei bemühen würden, unsere Europäische Zentralbank in Frankfurt mit mehr Rechten, mit mehr Möglichkeiten auszustatten, um die Dinge in den Griff zu bekommen.

Eines muss klar sein: Die Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Statt Abfindungen und Bonizahlungen muss es künftig eine Haftung für den Schaden geben. Diejenigen, die den Schaden verursachen, müssen dafür auch aufkommen, weil unserer Mitbürger für alles andere kein Verständnis hätten und nicht verstehen würden, wenn diese Straftäter im Wirtschaftsbereich ohne jegliche Sanktionen davontämen.

Wir müssen auch darauf achten dass wir unserer Landesbank keinen Schaden zufügen - bei all den Schlagzeilen, die sie produziert, weil sie eben öffentlich getragen wird. Sie kennen alle das Beispiel aus der Kommunalpolitik, um einen anderen Bereich zu erwähnen. Das Krankenhaus kommt ins Gespräch durch den Einzelfall. Es besteht die Gefahr, dass das Unternehmen durch die Politik so sehr ins Gerede kommt, dass ihm am Ende mehr geschadet als genützt wird.

Eine Frage möchte ich für die Zukunft noch aufwerfen. Können die Verwaltungsräte und Aufsichtsräte in der jetzigen Form mit ihren geringen Möglichkeiten die Unternehmen tatsächlich beeinflussen? Der eine oder andere von uns hat schon so einem Gremium angehört und kennt die bescheidenen Möglichkeiten und die Schwierigkeiten, dort als Einzelkämpfer aufzutreten und dem Vorstand zu sagen, dass er völlig falsch liegt und

es anders gemacht werden muss. Insbesondere wenn Gewinne und Dividenden überwiesen werden, dann wird es noch schwieriger. Das war bei uns der Fall. Dann ist das schon sehr schwer. Wir müssen also darüber nachdenken, ob das System als solches mit diesen Aufsichtsgremien überhaupt eine Chance hat, Fehlentwicklungen zu verhindern.

Lassen Sie mich nur ein paar Stichworte dafür nennen, was in unserer Wirtschaft ohne staatliche Beteiligung alles so stattgefunden hat: Die Fusion von BMW und Rover hat ein stark familiär geprägtes Firmenimperium entschieden. Sie wissen, das musste beendet werden. Es war ein Riesenfiasko. Das Gleiche gilt für den großen Konzern Daimler-Chrysler. Gott sei Dank kam Daimler da noch raus. Niemand konnte Herrn Schrempp dort stoppen. Das gilt auch für VW und den Aufsichtsrat und für Peter Hartz und seine Kollegen. Wie hier gearbeitet wurde, das muss nachdenklich machen. Das gilt auch für die Allianz, die vor sieben Jahren die Dresdner Bank für 24,8 Milliarden Euro erwarb und sie jetzt für 6 Milliarden Euro veräußert hat. Daran wird deutlich, das sind unternehmerische Entscheidungen, die alles andere als überzeugend sind und die uns nachdenken lassen sollen, welche Strukturen dazu geführt haben. Sie sind nicht tauglich für die Zukunft.

Schließen möchte ich mit einem Beitrag der großen Tageszeitung "Augsburger Allgemeine", die sich vor zwei Wochen in ihrem Journal mit uns Menschen unter dem Titel beschäftigt hat:

Geld, Gier und Angst

Der Mensch ist als homo oeconomicus vor allem eines: Überfordert. Gier und Angst sind die beiden Schattenmänner aus unserer evolutionären Vorgeschichte, die auch heute noch unseren ökonomischen Sachverstand trüben. Auf der Jagd nach Reichtum sammeln wir doch nur Schulden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Das Wort hat nun Frau Kollegin Adelheid Rupp für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Präsident! Ich möchte zunächst meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, und zwar wegen der Anwesenheit, wie sie sich jetzt darstellt. Wir beschließen heute über 10 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel unseres Gesamthaushalts. Ich bin im höchsten Maße erstaunt darüber, wie wenig das bei manchen Fraktionen die einzelnen Parlamentarier interessiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt verantwortungsvoll umgehen, wenn nur ein Teil hier debattiert und der Debatte folgt, während andere anderen Tätigkeiten nachgehen. Denn wir werden zu dem Nachtragshaushalt in den künftigen Wochen viel gefragt werden. Dieser Nachtragshaushalt wird nicht nur auf den folgenden Doppelhaushalt, sondern auch auf die nachfolgenden Doppelhaushalte deutliche Auswirkungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Nachtragshaushaltsgesetz, wie Sie es vorgelegt haben, wird nicht unsere Zustimmung finden. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Und der verehrte Herr Kollege Winter hat heute noch einen dafür geliefert oder nochmals einen bekräftigt. Er hat formuliert: Die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt; niemand hat uns gewarnt. Diese Debatte hatten wir in den letzten Monaten vielfach. Wir haben immer wieder auf die Äußerungen der BaFin und auf die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und der EZB hingewiesen, in denen das Thema Immobilienmarkt USA immer wieder angesprochen wurde, in denen immer wieder Warnhinweise gegeben wurden, die aber offensichtlich kein Mensch ernst genommen hat. Warnungen gab es also durchaus, jedoch gab es keine Bereitschaft, diese wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stellen bis heute fest, dass sich die Staatsregierung, der Sparkassenverband und der Landesbankvorstand immer mehr als Opfer denn als Täter darstellen. Kolleginnen und Kollegen, meiner Ansicht nach ist das eine falsche Darstellung.

(Beifall bei der SPD)

Allein mit Unwissenheit zu argumentieren, ist in diesem Bereich nicht zulässig; denn ohne die Gier und die Zockerei vieler in der Finanzwelt, vorneweg in dieser Republik der Landesbanken und an deren Spitze die Landesbank Bayern, hätte die Finanzmarktkrise gar nicht stattfinden können. Insofern sind die Landesbank und der Freistaat mit seinen Vertretern sowie der Sparkassenverband eben nicht nur Opfer, sondern ganz klar auch Täter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man Täter ist, geht eines nicht: sich auf Unwissenheit zu berufen und die Tat auch noch zu leugnen. Wir haben eine laue Entschuldigung des ehemaligen Finanzministers Faltlhauser gehört. Er hat sich aber in derselben Woche in einem Interview dazu geäußert, über was er informiert war, und behauptet, über diese ganzen Bereiche sei nie beschlossen worden. Im März 2007 wurde das ABS-Portfolio im Verwaltungsrat auf über 50 Milliarden Euro erweitert; dort wurde zugestimmt. Die Staatsregierung war beteiligt; die Sparkassen waren beteiligt. Heute zu sagen: Wir haben das nicht getan - er hat gesagt: Wir waren nicht beteiligt; wir haben das nicht beschlossen -, halte ich für eine Dreistigkeit. So kann man damit nicht umgehen, und so kann man insbesondere nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns umgehen, die schlussendlich die Last zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben es in der Vergangenheit getan, wir werden es heute tun, und wir werden es auch in der Zukunft tun: Sie werden sich immer

wieder vorhalten lassen müssen, was zur Landesbank noch vor Kurzem, vor wenigen Monaten gesagt wurde. Im Untersuchungsausschuss hat der damalige Finanzminister Huber gesagt, von einer Krise der Landesbank in Bayern könne keine Rede sein. Ich zitiere: Anders als zahlreiche andere Banken schreibt die BayernLB weiterhin schwarze Zahlen und erzielt einen ordentlichen Gewinn. Es ist daher völlig unsinnig zu behaupten, die Steuerzahler in Bayern würden belastet oder die Menschen müssten aufgrund der Situation der Bank leiden, weil zum Beispiel einige Kindergärten weniger gebaut werden konnten. Derartige Behauptungen sind absolut unsinnig, meine Damen und Herren. - So Finanzminister Huber damals im Untersuchungsausschuss, wissend, dass wir vor einer hochkomplizierten Situation in der Landesbank stehen, wissend, dass Belastungen auf den Freistaat in nie gekanntem Ausmaß zukommen, wissend, dass diese Krise größer ist als jede andere nach 1945.

Kolleginnen und Kollegen, auch das ist mit ein Grund, warum wir heute unsere Zustimmung verweigern. Ich erwarte von allen, die beteiligt waren, dass sie ihre Irrfahrt beenden und dass sie ganz klar eingestehen, dass sie die jetzige Lage mitzuverantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere Finanzminister hat sich bis heute nicht wirklich entschuldigt, weder bei den Bürgerinnen und Bürgern noch bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. Dort ist er mit einer unbeschreiblichen Arroganz aufgetreten. Ich meine, dass das der Sache absolut unangemessen war. So kann mit den Finanzen des Freistaates nicht umgegangen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Grund, der uns bewegt, nicht zuzustimmen, ist, dass unserer Ansicht nach kein schlüssiges Konzept vorliegt. Es gibt Bestandteile, zu denen wir sagen, dass wir diesen Weg mitgehen, zum Beispiel was die Brandmauer für die Sparkassen anbelangt - da sind wir uns völlig einig -; es gibt einzelne Maßnahmen, zu denen wir sagen, dass sie den richtigen Weg beschreiben; aber diese 10 Milliarden Euro sind uns zu undiffe-

renziert, teilweise zu nebulös und nicht konkret genug. Ich beziehe mich teilweise auch auf das, was in der Kommission gesagt wurde. Ich muss sagen, dass dort ein sehr offenes und gutes Verfahren praktiziert wird, das wir auch fortsetzen wollen.

Herr Winter, Sie sagen heute: Wir wollen mehr Rechte für die EZB. Wir könnten mit Ihnen gehen, wenn Sie diese präzise benennen. Aber auch das tun Sie nicht. Mehr Rechte kann alles sein. Deswegen sage ich an diesem Punkt wiederum: Wir müssen sehen, was das für Rechte sein sollen; alles andere ist mit uns nicht zu beschließen.

Wir sind der Ansicht: Wer verantwortungsbewusst handelt, wer heute tatsächlich 10 Milliarden Euro Schulden aufnehmen will, kann nicht weiter über Steuersenkungen sprechen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können die Einnahmen des Staates nicht dazu verwenden, um Steuern pauschal zu senken. Es ging ja immer um mehr Netto vom Brutto; es ging nicht um die gezielte Unterstützung der Einkommensgruppen im Bereich zwischen 15.000 und 25.000 Euro, für die sicher richtig ist, dass etwas unternommen werden muss, da im Steuertarif ein sozialer Knick vorhanden ist. Das ist sicherlich verhandelbar. Es ging aber immer um eine pauschale Senkung der Steuern. Eine pauschale Senkung der Steuern heißt aber, dass bei einer durchschnittlichen Sparquote von 10 % diejenigen, die durchaus ein erkleckliches Einkommen erzielen, ihre Sparquote erhöhen werden, während diejenigen, die tatsächlich ein niedriges Einkommen haben, nicht so am privaten Konsum teilnehmen können, wie wir uns das vorstellen. Steuersenkungen zu einem Zeitpunkt, in dem der Haushalt und der Freistaat extrem belastet werden, sind also die absolut falsche Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Meinung: Dort, wo die Sparquote negativ ist, muss etwas getan werden. Unserer Ansicht nach ist das tatsächlich der richtige Angriffspunkt. Geld, das wir aus-

geben, darf nicht auf den Sparbüchern landen. Ich greife auf etwas zurück, was ich hier immer wieder gesagt habe: Maßnahmen, um niedrige Einkommensgruppen zu entlasten, sind die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Abschaffung von Studiengebühren und die kostenfreie Kinderbetreuung. Das sind unmittelbar wirkende Maßnahmen

(Beifall bei der SPD)

und vor allem Maßnahmen, die Sie sofort auf den Weg bringen können. Wir müssen da nicht lange auf den Bund warten.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem ganz schwierigen Problem der 10 Milliarden Euro. Diese 10 Milliarden Euro sind zur Erhöhung der Eigenkapitalquote nötig. Im Kern geht es darum, Risikoaktiva mit Kernkapital zu unterlegen. Dies wird von Ihnen, Herr Finanzminister, mit Basel II und internationalen Standards begründet. Die Eigenkapitalquote beträgt 8 %. Tatsächlich stellt sich dieses aber deutlich komplizierter dar. Das ist sozusagen eine verkürzte Darstellung der Situation. Die Kommission ist sicher der richtige Ort, um darüber zu sprechen, worum es im Einzelnen geht.

Wie verhält es sich denn aber mit der Entnahme von 700 Millionen für die Hypo Group Alpe Adria? Ist das durch die Aussage gedeckt, das diene der Erhöhung der Kernkapitalquote? - Meiner Ansicht nach nicht. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sollen diese 700 Millionen Euro unmittelbar aus diesen 10 Milliarden Euro geleistet werden und nach Aufnahme unverzüglich nach Klagenfurt gehen. Wenn das nicht so ist, bitte ich Sie um Richtigstellung. Ich halte das Verfahren für äußerst problematisch, zunächst die Begründung zu geben, dass diese 10 Milliarden Euro zur Erhöhung der Eigenkapitalquote benötigt werden, dann aber 700 Millionen Euro sofort weiter zu geben.

Ein weiterer Grund für unserer Ablehnung ist Ihr Blendwerk Schwarze Null. Der Nachtragshaushalt - das Nachtragshaushaltsgesetz liegt heute vor - ist ein völlig normaler

Haushalt. Dabei handelt es sich weder um einen Sonderhaushalt noch um einen Nebenhaushalt oder um einen Schattenhaushalt. Was wird gemacht? - Der verhandelte Haushalt wird mit weiteren 10 Milliarden Euro belastet. Um nicht anderes handelt es sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie betreiben Augenwischerei, wenn Sie das immer wieder so darstellen, als ob es den Haushalt nicht belasten würde. Sie hätten eine ganz klare Maßnahme ergreifen und die Haushaltsordnung ändern müssen. In einem Nebensatz machen Sie für diese Verschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro eine Ausnahme; im Kern geht es aber darum, dass Sie die Haushaltsordnung ändern und klar sagen: Der Schuldenberg des Freistaates Bayern steigt von 22,6 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro. Das ist Fakt. Das gehört zum Haushalt. Bitte reden Sie in Zukunft nicht mehr von der Schwarzen Null. Das wäre der Versuch, den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU und die Staatsregierung sind in ganz Deutschland mit ihrer Schwarzen Null hausieren gegangen. Überall wurde gesagt, Bayern sei der große Vorreiter und wir stünden glänzend da. Das haben Sie mit viel Überheblichkeit - wenn man es negativ formulieren will - getan. Sie haben schon mehrfach reklamiert, dass es in diesem Hause einen neuen Stil geben sollte. Ich bitte Sie dringend, wenn dieser neue Stil hier einkehren soll, ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern und zu den Steuerzahlern zu sein. Erklären Sie ihnen, was es konkret bedeutet, wenn sich der Freistaat um weitere zehn Milliarden Euro verschuldet.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Erledigen Sie dieses Thema Schwarze Null.

Nun zu den Auswirkungen auf den Haushalt: Der nächste Doppelhaushalt - so wurde es heute in einer Pressemitteilung angekündigt - ist relativ im Rahmen des Üblichen geblieben. Die Zeiten sind aber nicht so, dass dieser Rahmen ausreichen würde. Sie

verweigern sich all dem, was Sie wiederum von Berlin einfordern. Wir wollen ein Konjunkturprogramm. Wir wissen auch, dass ein Konjunkturprogramm mit Investitionen über das übliche Maß hinaus dringend notwendig ist, wenn wir Impulse für die Wirtschaft in Bayern setzen wollen. Hier können Sie nicht darauf verweisen, dass Sie fünf Milliarden Euro investierten. Das hätten Sie so oder so - unabhängig von der konjunkturellen Situation - getan. Das reicht nirgends hin. Wir müssen dafür sorgen, dass es keine Kreditausfälle gibt, weil das schlussendlich wieder Rückwirkungen auf die Banken hätte.

Zur Haushaltssituation muss ich sagen: Sie verschweigen, was in den folgenden Haushalten passieren wird. Sie sprechen mit uns nicht über die Höhe der Zinsbelastungen. Sie sprechen mit uns auch nicht darüber, wie die Tilgungen aussehen sollen. Im Moment haben wir noch 2,3 Milliarden Euro auf der hohen Kante und könnten davon manches finanzieren. Wir müssen überlegen, ob es die richtige Maßnahme ist, das Geld zu verwenden, das wir auf die hohe Kante gelegt haben, um andere Maßnahmen zu finanzieren, statt dieses Geld für die Bezahlung von Zinsbelastungen oder für die Tilgung zu verwenden. Hier ist die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen dies in den nächsten Doppelhaushalten haben wird. Ich sage Ihnen erneut: Legen Sie das Thema Schwarze Null zu den Akten und tun Sie für die Menschen in Bayern das, was notwendig ist. Wenn Sie Schulden für die Landesbank aufnehmen können, müssen Sie diesen bitteren Weg auch für wichtige Felder wie zum Beispiel die Bildung beschreiten, die in Bayern dringend erforderlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir bitten Sie außerdem, alle Abenteuer der Landesbank offenzulegen. Das sollten Sie in der Kommission schnell tun. Mit dem Begriff Abenteuer meine ich die ungeklärte Situation hinsichtlich des Hotels Obersalzberg. Diese Maßnahme mag sinnvoll erscheinen, aber in der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Ich nenne außerdem das Konto der CSU München, wo unklar ist, was im Einzelnen stattgefunden hat. Welche Belastungen sind durch die Preissteigerung der Elb-Philharmonie entstanden, bei der die Landesbank engagiert ist? Es gibt

noch viele weitere Projekte. Hier muss ein Katalog vorgelegt werden, in dem im Einzelnen dargelegt wird, welche Projekte vorhanden sind und welche Probleme sich daraus ergeben. Wir müssen klären, wie das Ganze weitergeht.

Für uns steht weiter gegen eine Zustimmung Ihr immer noch fehlendes klares Nein zur Privatisierung der Landesbank. Dieses Nein verweigern Sie bis heute. Ich möchte hier Herrn Thomas Hacker von der FDP zitieren: "Der Staat ist für schwierige Situationen da; Gewinne macht dann wieder das private Unternehmen." Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen heute zehn Milliarden Euro auf, um die Landesbank zu retten und sie auf einen Weg zu führen, mit dem sie Gewinne erzielen kann. Dann soll diese Bank privatisiert werden und der Gewinn Privaten zugutekommen. Dieser Weg kann nicht funktionieren und wird deshalb nie unsere Zustimmung finden. Der Weg, Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, wird nie die Zustimmung der SPD finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen der CSU, zu einem solchen Weg klar Nein zu sagen. Bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP würde mich das überraschen. Zu Ihrer Politik gehört eine solche Haltung. Wenn Sie diese Haltung ändern würden, fände ich das schön. Ich weiß nicht, wie künftige Einsparungen gegenüber den Menschen in Bayern vertretbar sein sollen, wenn die Schulden vom Freistaat aufgenommen werden und am Ende die Gewinne Privaten zufließen sollen. Das müssen Sie den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen noch einmal gründlich erklären.

Ich fand die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag spannend. Ich hätte nicht gedacht, dass ich es im Bayerischen Landtag einmal erleben darf, dass die CSU Kapitalismuskritik übt. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich hätte nicht gedacht, dass das möglich ist. Offensichtlich gehört es derzeit zum guten Ton, sich kapitalismuskritisch zu äußern. Wenn Sie diese Kritik ernst meinen, können Sie sich der Schaffung bestimmter Regeln und einem Eingreifen nicht verweigern. Sie könnten sich dann der Erkenntnis nicht verweigern, dass eine Privatisierung der Lan-

desbank der falsche Weg ist. Wer sich kapitalismuskritisch äußert und möchte, dass diese Kritik ernst genommen wird, darf nicht den Weg der Privatisierung gehen.

Wenn Sie kapitalismuskritisch sein wollen, dann bitte mit aller Konsequenz. Oder Sie stehen weiterhin zu der Linie, die Sie früher vertreten haben, als Sie den freien Markt und die freien Kräfte des Marktes angebetet haben. Die Fortsetzung dieser Linie wäre auch konsequent. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie können jedoch nur das eine oder das andere tun. Ich verstehe, dass Sie mit Kapitalismuskritik noch nicht viel Erfahrung haben, aber beides auf einmal geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Winter hat erwähnt, dass natürlich auch über die Frage der Besetzung des Verwaltungsrats gesprochen wird. Ich stelle immer wieder fest, dass es bei diesem Punkt keine Bereitschaft gibt, mit uns zu reden. Es gibt zwar die Bereitschaft, den Verwaltungsrat zu verändern, was ich begrüße, weil es ein richtiger Schritt ist. Aber die Opposition soll dabei wieder außen vor gehalten werden. Wenn Sie die Kontrolle ernst nehmen und wollen, dass eine Kontrolle stattfindet, müssen Sie die Opposition einbeziehen. Ich kann Ihnen versprechen, dass die Opposition mehr als jeder Sachverständige kontrollieren wird. Wir würden den Leuten auf die Finger schauen. Geben Sie sich endlich einen Ruck und stimmen Sie zu, dass die Opposition im Verwaltungsrat mehrere Sitze erhält.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Weiter vermischen wir, dass entsprechend dem Rettungsschirm des Bundes eine grundsätzliche Anpassung an das Vergütungssystem erfolgt. Über die Gehaltsobergrenzen und über die Streichung von Bonuszahlungen wurde bereits gesprochen. Aber diese Frage muss noch einmal auf die Tagesordnung. Wir müssen grundsätzlich darüber reden, wie künftig Auflagen für die Bank und die Manager aussehen sollen. Wir wollen, dass die Ziele der Landesbank Schritt für Schritt formuliert werden. Das neue Geschäftsmodell enthält Elemente, die wir immer gefordert haben. Wir sind uns einig, dass die

Darlegung eines Geschäftsmodells nur in der Kommission in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen kann. Allerdings muss dann dargelegt werden, in welcher Abfolge dieses Modell eingeführt wird und welche Schritte eingeleitet werden.

Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern zahlt einen extrem hohen Preis für das Versagen der Verantwortlichen. Diese sind bis heute ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Ich finde es schön, dass Herr Kollege Huber jetzt gekommen ist. Er hat bisher an der Debatte nicht teilgenommen. Herr Huber, ich habe vorhin gefordert, dass Sie sich endlich umfassend bei den Bürgerinnen und Bürgern und auch beim Untersuchungsausschuss entschuldigen. Das würde Ihnen und Ihrer Fraktion gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass es durchaus Ansätze für Konzepte und Rahmenbedingungen gibt. Diese Ansätze sind aber nicht ausgereift und noch nicht wirklich tragfähig. Ich möchte nicht sagen, dass das kein Weg ist, der irgendwann zu einem positiven Ergebnis führen kann. Für eine Zustimmung zu zehn Milliarden reicht das aber längst nicht aus.

Die SPD-Fraktion hat bereits vor einem Jahr wiederholt versucht, die Staatsregierung von ihrem Irrweg abzubringen; seit einem Jahr hat sie immer wieder ein neues Geschäftsmodell gefordert. Die CSU ist uns mit Hochmut und Arroganz begegnet. Kernforderungen unseres Geschäftsmodells sind jetzt übernommen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, endlich einzusehen - der Ministerpräsident scheint es schon eingesehen zu haben -, dass die Sozialdemokraten Recht haben, und das nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Überlegen Sie doch nur einmal, welcher Schaden hätte abgewendet werden können und wie viel Geld hätte gespart werden können, wenn man bereits vor einem Jahr ein neues Geschäftsmodell auf den Weg gebracht hätte. Sie haben das nicht getan, sondern haben sich solchen Vorschlägen verweigert.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Zur BayernLB müssen wir sagen - deswegen stimmen wir heute auch nicht zu -: Sie haben die Irrfahrt begonnen, Sie müssen diese Irrfahrt auch selbst beenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zu dem heute hier eingebrachten Nachtragshaushalt ist zunächst einmal festzustellen, dass es um eine Dimension geht, die für viele Menschen bei uns gar nicht fassbar ist. Mit zehn Milliarden kann keiner so recht etwas anfangen, und deswegen ist es erlaubt, einige Vergleiche zu ziehen. Die neuen Kredite mit zehn Milliarden sind die höchste Neuverschuldung seit Bestehen des Freistaates Bayern. Sie erhöhen den derzeitigen Schuldenstand schlagartig um rund 40 %. Die 500 Millionen Euro - mehr oder weniger -, die dafür jährlich an Zinsen zu zahlen sind, entsprechen den Jahresgehältern von 10.000 Beamten oder Angestellten, seien das Lehrer, Polizisten oder sonstige Beschäftigte. Mit den zehn Milliarden könnten zwei Millionen Kindergartenplätze im Jahr bezahlt werden, wie die "Süddeutsche Zeitung" zutreffend festgestellt hat. Zehn Milliarden sind das Zehnfache dessen, was pro Jahr in den staatlichen Hoch- oder Tiefbau investiert wird, also in Schulen, Hochschulen, Verwaltungsgebäuden, Museen oder in Straßen und Brücken.

Das sind die Fakten, und sie zeigen, wie absurd so manche Aussagen sind, die wir in letzter Zeit immer wieder gehört haben, dass die Kreditaufnahme in Höhe von zehn Milliarden keine Auswirkungen auf die Finanzierung künftiger Maßnahmen hätte. Auch wenn ein Teil der Zinsen zunächst aus den Rücklagen finanziert werden kann, so sind doch auch diese Rücklagen Geld der Steuerzahler. Das Geld fehlt sicher für sinnvolle andere Dinge, wofür es hätte verwendet werden können. Dass das alles in einem Sonderkapitel des Haushalts abgewickelt wird, ändert nichts an diesen Tatsachen. Herr

Staatsminister, Sie reden immer noch von einem ausgeglichenen Haushalt, wie heute in der Zeitung zu lesen ist. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die Zinsen, die laufend bezahlt werden müssen, werden, wenn weiteres Kapital in die Landesbank gesteckt werden muss, noch höher. Daneben ist völlig ungeklärt, wie die Tilgung dieses Kredits erfolgen soll. Wenn sich die Hoffnung auf eine lukrative Verwertung der Landesbank nicht erfüllen wird, was heute niemand sagen kann, werden uns die Zinsen und Tilgungen für diesen Kredit noch Jahrzehnte beschäftigen, und es wird das eintreten, was Sie in den vergangenen Jahren mit dem ausgeglichenen Haushalt und dem Abbau von Schulden verhindern wollten, dass nämlich die künftigen Generationen für die Fehler der Vergangenheit bezahlen müssen.

Die Fraktion der Freien Wähler sieht nach dem uns heute vermittelten Kenntnisstand - leider, so muss ich sagen - derzeit auch keine schlüssige Alternative zur Rettung der Landesbank. Die Kreditaufnahme von zehn Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Landesbank, die Verpflichtungsermächtigung über 1,625 Milliarden Euro und die Garantieermächtigung über 3,175 Milliarden Euro sind wohl unumgänglich. Trotzdem können wir heute bei dem aktuellen Sachstand nicht zustimmen. Das liegt nicht daran, dass uns noch kein klares Konzept und kein schlüssiges Betriebsmodell für die Zukunft der Bank vorliegt. Wenn zutrifft, was Sie uns berichtet haben, Herr Finanzminister, dann haben wir keinen Zweifel daran, dass wir keine Zeit mehr zum Verhandeln und zum Diskutieren haben, sondern dass schnelles Handeln dringend notwendig ist. Wenn die Eigenkapitalstärkung mit zehn Milliarden Euro nicht innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden kann, dann brauchen wir uns nicht mehr über Konzepte oder Betriebsmodelle zu unterhalten; dann reden wir nicht mehr über 5600 Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern über 20.000 oder mehr.

Deshalb sind wohl die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig. Sie sind auch deshalb notwendig, weil der Schaden dann, wenn nichts geschieht, für unser Land, für die Spar-

kassen, die Kommunen und nicht zuletzt für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch dramatischer wäre, als er jetzt eigentlich schon ist. Was uns heute vorgelegt wird, ist der Versuch einer Schadensbegrenzung im letzten Moment. Wenn man die Landesbank gänzlich an die Wand fahren lassen würde, würde das bedeuten, dass der Freistaat und die Sparkassen bzw. die Kommunen über die Gewährträgerhaftung für Milliarden von Euro haften würden, nicht nur für diese 58 Milliarden, die kurz vor Wegfall der Gewährträgerhaftung aufgenommen wurden, um damit zu spekulieren, sondern auch für andere Altkredite, die zum Teil schon vor 2001 aufgenommen wurden. Keiner kann heute sagen, wie viel von dieser Haftungssumme beim Land oder bei den Sparkassen und damit letztlich bei den Kommunen hängen bleiben würde.

An dieser Stelle muss ich ausdrücklich anerkennen, dass die Sparkassen durch die jetzt vorgenommenen Maßnahmen weitgehend verschont werden. Die Sparkassen könnten weitere Belastungen durch die Landesbank nicht mehr verkraften. Zahlreiche Sparkassen würden ins Minus rutschen. Allein der Verlust des Sparkassenanteils an der Landesbank von 1,4 Milliarden, der hoffentlich nicht oder nicht in Gänze eintreten wird, würde viele Sparkassen über Jahre hinaus erheblich belasten. Ich darf das Beispiel einer kleinen oder mittleren Sparkasse mit einer Milliarde Bilanzsumme nennen. Diese hat einen Anteil am Sparkassenverband von 0,61 %. Bei einem Totalverlust wären das 8,4 Millionen nach Steuern, der die Sparkassen belasten würde. Wenn nur 2,5 Millionen Gewinn übrig bleiben, wäre der Gewinn von vier Jahren weg. Dann könnten auch keine Ausschüttungen mehr an die Gewährträger, an die Kommunen erfolgen mit weiteren Auswirkungen, zum Beispiel bei der Unterstützung von sozialen Zwecken.

Ohne funktionierende Sparkassen aber, die sich im Wettbewerb mit anderen Banken behaupten müssen, wäre eine solide Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Gewerbebetrieben, aber auch von Häuslebauern nicht mehr gewährleistet. Im Gegenzug erwarte ich aber, dass die Sparkassen die Landesbank auch weiterhin als wichtigsten Partner bei Mit- oder Refinanzierungen von Krediten betrachten.

Ich möchte nochmals deutlich machen, dass der unverantwortliche Umgang mit der Gewährträgerhaftung und die Aufnahme von 58 Milliarden Krediten unter dem Schirm der Gewährträgerhaftung ohne konkreten Finanzbedarf maßgebliche Ursache für das jetzige Desaster ist. Weil momentan keine Alternative erkennbar ist und weil keiner die künftige Entwicklung absehen kann, ist es müßig, darüber zu diskutieren, ob denn 2015, wenn die Gewährträgerhaftung wegfällt, das jetzt eingesetzte Kapital zurückfließen wird, weg ist oder sich - was wir uns alle wünschen würden - sogar vermehrt hat. Das wird ganz entscheidend davon abhängen, wie viele von den riskanten Papieren bei Fälligkeit eingelöst werden und wie sich die von allen Wirtschaftsinstituten prognostizierten Konjunkturkrisen auf einzelne Engagements der Landesbank auswirken.

Jetzt gilt es, die Landesbank zu retten. Wir wären auch bereit, dem ausgeworfenen Rettungsanker unsere Zustimmung zu geben, wenn denn unsere Bedingungen, die wir am 3. Dezember im Landtag genannt haben, erfüllt werden.

Die erste Bedingung ist die lückenlose Aufklärung und die Abarbeitung unseres Fragenkatalogs, den wir bereits am 23. Oktober im Landtag eingebracht haben. Er hat seinerzeit keine Mehrheit gefunden. Trotzdem wollen Sie, Herr Staatsminister Fahrnschon, diese Bedingung erfüllen, wie Sie uns in einer der letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses versichert haben. Sie wollen unsere Fragen zwar nicht sofort beantworten, weil die Zeit dafür nicht reicht, aber Sie wollen nach und nach auf unsere Fragen eingehen. Doch leider - das muss ich jetzt feststellen - sind schon einige Wochen vergangen, und wir haben bis heute noch keine Einzelheiten erfahren. Wir vertrauen aber darauf, dass Sie Ihre Zusage einhalten werden, Herr Staatsminister.

Die lückenlose Aufklärung verlangen wir nicht unseretwegen, sondern vor allem wegen der berechtigten Ansprüche unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es kann nicht sein, dass einerseits ein Bürgermeister - ich betone ausdrücklich: mit Recht - bestraft wird, weil er Kassenkredite für Investitionen verwendet hat und seiner Gemeinde dadurch einen Schaden von ein paar Tausend Euro zugefügt hat, oder dass - ich schaue in die Geschichte zurück - ein Landrat auf Betreiben der

damaligen Staatsregierung seines Amtes enthoben wird, weil er Krankenhauszuschüsse von einem Haus zum anderen umverteilt hat, und dass andererseits Milliarden in hoch riskante Geschäfte gesteckt werden und damit unüberschaubare Schäden verursacht werden, für die niemand zur Verantwortung gezogen werden kann.

Mit einer Entschuldigung ist es nicht getan. Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht mehr da. Er hat gestern Abend in einem Interview im österreichischen Fernsehen gesagt, dass auch Fehler in Bayern gemacht wurden. - Da hat er vollkommen Recht. Nur wollen wir wissen, wer hat Fehler gemacht und welche Konsequenzen werden daraus gezogen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir erwarten, dass hier schnellstens Aufklärung geleistet wird, dass Verantwortliche genannt werden, dass mögliche Ersatzansprüche geltend gemacht werden und dass sich auch der Staatsanwalt um die Angelegenheit kümmert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unsere zweite Bedingung, nämlich die Beteiligung der Opposition im Aufsichtsgremium Verwaltungsrat, wollen Sie, Herr Staatsminister, nicht akzeptieren. Ihre Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Sie sagen, der Verwaltungsrat der Landesbank sei nicht vergleichbar mit den Verwaltungsräten bei den Sparkassen - dort sitzen Vertreter der Kreistage und der Stadträte, und dort gilt durchaus der Proporz der Gruppen, zumindest in den Zweckverbänden -, weil die Stadträte und Kreisträte Exekutivorgane seien, was der Landtag im Verhältnis zur Staatsregierung nicht sei. Ich kann das nicht nachvollziehen; denn nirgends steht, dass nur Vertreter von Exekutivorganen im Verwaltungsrat der Landesbank sitzen dürfen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Gerade die besondere, in ihrer Dimension einmalige Situation, dass mehr als ein Viertel des jetzigen Staatshaushalts in die Landesbank investiert werden soll, wobei das Ende nicht absehbar ist, sollte Anlass genug für eine Beteiligung der Opposition sein. Da die

Verwendung von Haushaltsmitteln eines der grundlegenden Rechte des Landtags ist, verlangt die jetzige Situation sogar danach, alle Fraktionen an der Entscheidung zu beteiligen, was mit diesen Mitteln weiter geschieht.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Eike Hallitzky (GRÜNE))

Es geht um das Geld aller Steuerzahler in Bayern, und die Oppositionsfraktionen vertreten fast die Hälfte dieser Steuerzahler. Die besondere Kommission kann die Beteiligung nicht ersetzen, weil sie zwar informiert wird, aber nicht unmittelbar an Entscheidungen beteiligt ist. Bei der Tragweite der heutigen Entscheidung mit ihren Auswirkungen auf die Haushalte der kommenden Jahre wäre es im Sinne einer gelebten Demokratie, auch die anderen Fraktionen, die ebenso Verantwortung für unser Land tragen wollen, zu beteiligen.

Oder wollen Sie eine Beteiligung der Opposition deshalb nicht, weil Sie der Opposition keinen Einblick in bestimmte Geschäfte der Bank geben wollen? Dabei müssten Sie eigentlich ein besonderes Interesse an der Beteiligung haben, weil Sie dann Vorwürfen, die in der letzten Zeit in der Presse zu lesen waren und die die Einflussnahme bei Kreditvergaben - ich nenne nur, es ist bereits gesagt worden, den Obersalzberg und die Kirch-Kredite - betreffen, leichter entgegentreten können.

Eine Beteiligung der Opposition im Verwaltungsrat würde auch nicht zu einer weiteren Aufblähung des Verwaltungsrats der Landesbank führen, weil die Vertreter der Opposition die Plätze der Sparkassenvertreter, die wegen der Reduzierung ihrer Beteiligung ausscheiden werden, einnehmen könnten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Meines Erachtens gibt es keinen vernünftigen Grund, die Opposition am Verwaltungsrat nicht zu beteiligen. Wenn wir Verantwortung für den Nachtragshaushalt übernehmen sollen, dann wollen wir auch Verantwortung dafür übernehmen, was mit diesem Geld geschieht. Ich bitte Sie daher, Herr Finanzminister - der Ministerpräsident ist nicht mehr da -, Ihre jetzige Haltung noch einmal zu überdenken. Ansonsten können wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Ich kann Ihnen aber

versichern, dass wir die Entwicklung der Landesbank weiterhin konstruktiv, aber auch kritisch begleiten werden.

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst - Herr Kollege Winter ist da oder nicht da? - daran erinnern, warum wir heute die Debatte um den Nachtragshaushalt führen müssen. Wir müssen diese Debatte zu einem kleinen Teil deshalb führen, weil es eine Finanzmarktkrise gibt, die beispielsweise die höheren Eigenkapitalanforderungen wegen der prozyklischen, also krisenverschärfenden Wirkung von Basel II zur Konsequenz hatte. Das ist aber der kleinere Teil.

Bei der Landesbank geht es darüber hinaus um gravierende hausgemachte Probleme. Der geschätzte Kollege Winter, der hier eben für die CSU-Fraktion gesprochen hat, betreibt Legendenbildung, wenn er behauptet, man habe die Ursachen für die Krise bei der Landesbank nicht selbst geliefert, sondern die Finanzmarktkrise sei die alleinige Ursache für die Krise bei der Landesbank. Ich sehe Herrn Winter immer noch nicht, aber vielleicht geben Sie ihm das weiter, Herr Fahrenschohn, damit er mitbekommt, was er hier verzapft hat. Warum glaubt denn der Kollege Winter, dass wir uns über alle Fraktionen hinweg über die Umstrukturierung der Landesbank unterhalten, wenn wir nicht wüssten, dass die bisherige Struktur massive Fehler produziert hat? Allein das müsste ihm zu erkennen geben, dass es eben nicht allein die Finanzmarktkrise war, sondern dass es ganz massiv die Strukturen und die Politik der Landesbank waren, die schuld daran sind, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats - Sie wissen, das waren alles Leute aus der CSU-Fraktion - gemeinsam mit dem Vorstand wirtschaftliche und politische Schuld auf sich geladen haben - möglicherweise auch persönliche Schuld, das werden wir zu klären haben.

Ob Asienkrise oder Kirch-Pleite, ob Erwerb der Hypo Group Alpe Adria oder Einstieg in den US-amerikanischen Hypothekenmarkt, ob Kreditvergaben ins herbstliche Island - es war nicht die Finanzmarktkrise, die zentral ursächlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war die Politik der Staatsregierung im Verwaltungsrat und des Bankvorstands. Es war Bayerns Größenwahn. Es war der Größenwahn der CSU-Staatsregierung, der die Bayerische Landesbank auf so ziemlich alle, alle Spielfelder der globalen Finanzmärkte trieb. Für sie fand "Der Spiegel" schon 1999 die wenig charmante Gleichung "die Landesbank ist eine Zockerbude".

- Ich begrüße den Kollegen Winter. Ich bitte Sie, das nachzulesen, was ich bisher gesagt habe.

Es war, wie gesagt, nicht die Finanzmarktkrise. Es war die Hybris dieser Staatsregierung. Um darzustellen, was da passierte, werde ich aus dem reichen Fundus der Skandale den Erwerb der Hypo Group Alpe Adria herausgreifen. Die BayernLB - das kann jeder auf der Homepage der BayernLB nachlesen - hat kein Retail-Geschäft in Bayern, weil sie damit den Sparkassen in die Quere kommen könnte. Also hat sie - auch das steht auf der Homepage der BayernLB und ist für jeden nachlesbar - die Hypo Group Alpe Adria auch deshalb gekauft, weil sie damit doch in das Retail-Geschäft, also in das Endkundengeschäft einsteigen konnte. Das liegt allerdings nicht in Bayern, sondern in Bosnien-Herzegowina und den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wo wir jetzt eine große Filialbank haben. Die BayernLB ist sozusagen die "Mutter der Sparkassen" im ehemaligen Jugoslawien. Wenn wir Glück haben, geht so etwas gut. Aber so unmittelbar einsichtig war und ist das bis heute nicht, warum es im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Bayerns sein soll, ein sparkassenartiges Filialnetz in Südosteuropa zu besitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ganz Glück hatten wir dann auch gar nicht, weil die Hypo Group Alpe Adria 700 Millionen Euro frisches Eigenkapital braucht. Davon müsste Bayern als Mehrheitseigner mit knapp 60 % - rund 400 Millionen Euro - zahlen. Den Rest müssten die Minderheitsaktionäre, also die Grazer Wechselseitige und das Land Kärnten, beitragen. Müssten! Das tun sie aber nicht. Sie zahlen nicht. Warum zahlen sie nicht? - Die Antwort ist klar. Sie zahlen nicht, weil sie nicht zahlen müssen. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der damalige Finanzminister Faltlhauser hat in seinen Verhandlungen die Miteigentümer von jeder Nachschusspflicht befreit. Deshalb muss Bayern 300 Millionen Euro mehr für eine Bank zahlen, die in Kärnten eine wunderbare Zentrale hat und die in Südosteuropa tätig ist. Herr Faltlhauser saß seither bis vor Kurzem im Aufsichtsrat der Hypo Group Alpe Adria. Das war vielleicht die Belohnung.

Warum erwähne ich das Beispiel der Hypo Group Alpe Adria, für die es wegen anderer Gesetzesverstöße, auf die die Österreichische Nationalbank als dortige Bankenaufsicht hinwies, Untersuchungsausschüsse im Kärntner Landesparlament und im Österreichischen Nationalrat in Wien gab und die auch in Liechtenstein, in Kanada und vielerorts wenig Rühmliches unternahm? Warum erwähne ich das Beispiel? - Es zeigt als ein Beispiel unter vielen - ich hätte die ABS-Papiere, die Kirch-Pleite und vieles andere nennen können -, wie die Staatsregierung gemeinsam mit dem Bankenvorstand die Bank immer wieder scharf am Rande des nach dem Landesbankgesetz überhaupt Zulässigen manövriert hat. Ich denke, wir werden einiges in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB und vor Gerichten aufzuarbeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Reihen der Opposition gab es immer wieder Versuche, die Landesbank in ruhigeres, in bescheideneres Fahrwasser zu leiten. Ich erinnere an die Rolle meiner Vorgängerin Emma Kellner unter anderem bei der Aufarbeitung der Kirch-Pleite. Ich erinnere auch daran, dass die SPD im Jahre 2003 beantragte, dass die Landesbank künftig keine unkalkulierbaren finanziellen Wagnisse mehr eingehen dürfe. Ich erinnere auch daran, dass wir der Übertragung der Fonds zur Fi-

nanzierung des Erwerbs der Hypo Group Alpe Adria nicht zugestimmt und heftig vor den Risiken, die jetzt eingetreten sind, gewarnt haben.

Dennoch, der Einfluss der Opposition war begrenzt. Wir wurden als Cassandras belächelt und ansonsten systematisch von Informationen abgeschnitten. Noch in diesem Jahr verweigerte die Staatsregierung Antworten auf eine Schriftliche Anfrage über die Umstände beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria mit dem Hinweis, das gehe uns nichts an.

Nur einen Monat später beschloss der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags gegen unsere Stimmen die Kapitalerhöhung der BayernLB, um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu stemmen. Von der politischen Willensbildung und Entscheidung waren wir weitgehend ausgeschlossen. Wie heute die Kolleginnen und Kollegen der CSU wissen, war die Ausgrenzung der Opposition zum großen Schaden der Landesbank und zum großen Schaden Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt wollen Sie, dass diejenigen, die Sie als Staatsregierung systematisch ausgegrenzt haben, bei der Bewältigung der Folgen Ihrer Politik zustimmen. Das können wir nicht tun. Wer nicht informiert, wer sich nicht helfen lässt, der muss die Verantwortung alleine übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, die politische Mitentscheidung ist die Voraussetzung, dass wir den Nachtragshaushalt mittragen könnten. Deshalb, sehr geehrter Herr Fahrenschohn, weil wir Verantwortung tragen können und wollen, fordern wir diese Sitze im Verwaltungsrat für die Oppositionsparteien. Ich denke, schon aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus wären Sie gut beraten, uns darin zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht eine schnelle Absicherung der Bayerischen Landesbank als eine der großen deutschen Banken aus den schon genannten Gründen wie Gewährträgerhaftung und Folgen für die Realwirtschaft als alternativlos. Das Rettungspaket muss geschnürt werden, auch wenn die Ursachen für den heutigen Zeitdruck sehr stark damit zu tun haben, dass wir in diesem Jahr mehrere Wahlen hatten.

Inhaltlich begrüßen wir in der Vorlage der Staatsregierung den Aspekt der Schonung der Sparkassen, die für die Mittelstandsfinanzierung in den Regionen Bayerns eine herausragende Bedeutung haben. Wir halten es aber für grundfalsch, dass den Sparkassen im Nachtragshaushalt der vollständige Ausstieg aus ihrer Eigentümerrolle eröffnet wird. Warum? - Trotz verschiedener vertraglicher Bindungen zwischen der Landesbank und den Sparkassen ist die Miteigentümerschaft der Sparkassen an der Landesbank für die Absicherung der künftigen Kooperation nötig. Konstitutiv können wir darauf nicht verzichten, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Sparkassen die Landesbank beiseite lassen und die Bayerische Landesbank umgekehrt nicht mehr mit den Sparkassen kooperiert, sondern die Konkurrenz zu ihnen in Bayern sucht. Deshalb ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Sparkassen, wenn auch mit einem geringen Anteil, nach wie vor Eigentümer der Landesbank bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für falsch halten wir auch, dass die Staatsregierung auf Risikokapital des Bundes verzichtet. Drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund ist kein Pappenstiel. Es sind knapp zehn Prozent des Staatshaushaltes, auf die der Freistaat unserer Auffassung nach nicht verzichten kann. Wir wissen, und auf der Pressekonferenz der BayernLB Anfang Dezember 2008 hieß es auch, dass die Umsetzung der SoFFin-Forderung sehr komplex ist. Konkret geht es um die Forderung nach einer Auslagerung aller strategisch nicht notwendigen Geschäftsbereiche und der Risikopapiere in eine sogenannte bad-bank. Aber inhaltlich steht dahinter, dass die Staatsregierung und die BayernLB diese Auslagerung aus der BayernLB gar nicht wollen. Sie wollen das gesamte Geschäftsmodell in

der Bank behalten. Hierbei geht es letztendlich um eine Willensentscheidung, die wir nicht mittragen, die für uns nicht zustimmungsfähig ist, weil damit die Übernahme von drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund verhindert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es sind aber nicht nur die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit, die die Landesbank in die heutige prekäre Lage geführt haben, und es ist nicht alleine unsere Kritik an einigen Details, die ich skizziert habe, sondern es ist auch Ihre unverantwortliche Finanzpolitik, die Sie mit dem Nachtragshaushalt im Kontext Ihrer gesamten steuerpolitischen Vorstellungen wieder eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Bayern muss sich für diesen Nachtragshaushalt mit zehn Milliarden Euro verschulden. Zehn Milliarden Euro kosten auf dem Kapitalmarkt für Bayern rund 500 Millionen Euro Zinsen jährlich. Dass davon ein Teil von der BayernLB, nämlich der Bereich der stillen Einlage übernommen werden soll, ist, nachdem die Bank nun weitgehend im Staatseigentum ist, ein Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spiel. Darauf können wir verzichten. Es sind also 500 Millionen Euro, die jährlich an Kosten anfallen.

Darüber hinaus müssen wir in den nächsten Jahren die Totalausfälle der Dividenden für den Kulturfonds, den Naturfonds, den Umweltfonds und andere Fonds aus dem ordentlichen Haushalt finanzieren. Bisher betrug die Dividende rund 65 Millionen Euro pro Jahr. Davon gingen rund 35 Millionen Euro an die Fonds. Diese Mittel muss der Steuerzahler jährlich zusätzlich berappen.

Darüber hinaus muss die Landesbank für 15 Milliarden Euro Liquiditätsgarantien des Bundes wie auch andere Banken in einer Größenordnung von circa einem Prozent, das sind jährlich 150 Millionen Euro, Gebühren zahlen. Schließlich ist da noch die Bürgschaft für das 21-Milliarden-ABS-Portfolio in Höhe von 6 Milliarden, von denen die Bank 1,2 Milliarden und der Freistaat 4,8 Milliarden Euro verbürgen. Nach dem mittleren Ausfallszenario, das wir im Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen, wird heute mit Ausfällen in Höhe von rund 2,825 Milliarden gerechnet. Allein für den Landesanteil von 1,625 Milli-

arden Euro wären, wenn man vorsorgen würde, an Zinsen 100 Millionen Euro jährlich zu erbringen. Dass diese Gelder erst später, nämlich 2011 - vielleicht etwas mehr, vielleicht auch etwas weniger - fällig werden, kann doch nicht dazu führen, dass wir im Haushalt so tun, als gäbe es diese Erwartung, diese 1,625 Milliarden Euro in der Zukunft zahlen zu müssen, nicht.

Wir halten es deshalb für völlig unverantwortlich, wenn sowohl im Nachtragshaushalt als auch im kommenden Doppelhaushalt hiergegen keinerlei Vorkehrungen getroffen werden, denn dann wird es den nachfolgenden Doppelhaushalt völlig unvorbereitet und mit doppelter Wucht treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Summe sind heute, wenn man es bei Licht betrachtet, alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns um knapp 1.000 Euro ärmer - 10 Milliarden plus 1,625 Milliarden erwarteter Ausfall aus der Bürgerschaft.

Was aber kostet uns das jährlich? - Wenn wir die Kosten für die Eigenkapitalerhöhung, für die Liquiditätsgarantie, für die Fondsübernahme im Haushalt und die Bürgerschaft jährlich bedienen müssen - wir müssten sie auch jährlich bedienen, aber Sie sind ja Haushaltstechniker - und alles zusammenzählen, kommen wir auf eine Größenordnung von jährlich rund einer Milliarde Euro, die uns im Haushalt fehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Kosten in diesem Nachtragshaushalt und wenn ich Ihre haushaltsakrobatische Vorstellung des Doppelhaushaltes richtig interpretiere, auch im kommenden Doppelhaushalt völlig ignorieren will, wer in diesem Zusammenhang noch davon spricht, dass die heutige Veranstaltung den Staatshaushalt nicht belaste, sondern Ausdruck - das haben Sie heute in Ihrer Kabinettspresemittteilung geschrieben - finanzpolitischer Solidität und nachhaltig sei, ja, wer in diesem Zusammenhang noch zu behaupten wagt, dass Bayern am ausgeglichenen Staatshaushalt festhält, der handelt finanzpolitisch mit hohem Maße unseriös und streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie hier veranstalten, ist Bilanzkosmetik, die wir alle im übernächsten Doppelhaushalt bitter, bitter bezahlen müssen. Eine Milliarde jährlich für die Landesbank! Und da stellt sich die Koalition hierher und bekundet mit treuherzigem Augenaufschlag, sie wolle die Kosten für die BayernLB mit entsprechenden Privatisierungserlösen, die die Bank künftig erbringen würde, wieder hereinbekommen. Sie bräuchte deshalb auch eigentlich keine Vorsorge zu treffen. Meine Lieben, im höchsten Stand Ihrer Blüte hat Rothschild 2007 die Bank für das Haushaltsjahr 2005 geschätzt und kam auf einen Wert von 8 bis 9,5 Milliarden Euro. Heute reden Sie von Privatisierungserlösen, die ungefähr doppelt so hoch sein müssten, damit die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ihre Kosten für das Eigenkapital und die mit dem heutigen Tage verbundenen Zinsen und Gebühren wieder hereinbekommen würden. Solche Naivität entwickelt außer Ihnen niemand, liebe Koalitionäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb können wir auch dem heutigen Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Doch es kommt noch schlimmer. Nicht genug damit, dass Sie mit Ihrer Landesbankpolitik über Jahre hinweg und mit dem unverantwortlichen Herunterspielen der künftigen Lasten auch in diesen Tagen eindrucksvoll beweisen, dass Sie nicht mit Geld umgehen können, - Ihre aktuelle Steuerpolitik zeigt darüber hinaus, dass sie auch nicht willig und nicht fähig sind, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der November-Steuerschätzung wird noch von einem kleinen positiven Wirtschaftswachstum ausgegangen. Die finanzielle Grundlage für den Doppelhaushalt ist also bereits Makulatur, bevor er überhaupt eingereicht wurde. Wenn wir davon ausgehen, dass das Wachstum rund 2 % niedriger ist, als der Steuerschätzung noch zugrunde gelegt, dann ist das eher eine bescheidene Größenordnung. Das würde aber für den

bayerischen Staatshaushalt bereits eine Größenordnung von über 500 Millionen Euro weniger an Einnahmen bedeuten.

Angesichts der großen Landesbanklasten und der Haushaltslöcher, die uns erwarten, kann doch eine verantwortlich handelnde Konjunkturpolitik nur so aussehen, dass wir mit einmaligen Maßnahmen, vor allem im investiven Bereich, gleichermaßen die Wirtschaft stabilisieren und Impulse für ein zukunftsfähiges, ressourcenleichtes Wirtschaften geben. In diese Richtung gehen auch die Überlegungen von SPD und GRÜNEN, wobei die Kolleginnen und Kollegen uns natürlich neidlos zuerkennen werden, dass unsere Vorschläge einen Tick besser sind. Aber das nur am Rande.

Was aber schlagen Sie vor? - Sie wollen dem von Ihnen schwer gebeutelten Staat die finanzielle Basis vollends entziehen, die er braucht, um in die Daseinsvorsorge, in die Infrastruktur - Stichwort DSL -, in Bildung, in das Auffangen der absehbaren sozialen Verwerfungen, in die Förderung einer zukunftsfähigen Wirtschaft investieren zu können. Kurz: Sie entziehen uns mit Ihren Steuerplänen die Mittel, die wir bräuchten, um unserer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen gerecht werden zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Debatte um die Erbschaftsteuer - auch hier im Plenum - hat immer wieder gezeigt, dass aus der CSU mehr oder weniger offen ihre Regionalisierung als Vorstufe zu ihrer Abschaffung gefordert wird. Die Erbschaftssteuer alleine macht rund 900 Millionen Euro für Bayern; abzüglich der Erhebungskosten würden dem bayerischen Staatshaushalt vielleicht 700 bis 800 Millionen Euro fehlen, ganz abgesehen von der Bedeutung der Erbschaftsteuer bei der Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm.

Als Krönung fordert die CSU auf Bundesebene eine sofortige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um 25 Milliarden Euro. Das alleine würde für den bayerischen Staatshaushalt Jahr für Jahr einen Einnahmeausfall von rund 2 Milliarden Euro bedeuten.

In der Summe belaufen sich also die jährlichen Belastungen durch Landesbank und Steuerpolitik à la CSU auf fast 5 Milliarden Euro für den bayerischen Staatshaushalt. Das sind über 12 % des bayerischen gesamten Haushaltes.

So eine finanzpolitische Traumtänzerie der Staatsregierung mag wohlfeil sein in diesen Tagen, in denen alle Dämme zu brechen drohen. Aber gerade dass Sie hier diesen billigen Populismus fahren - Sie sagen: Wir fordern da Erleichterungen und dort Entlastungen, hier Erleichterungen und die Kosten der Landesbank verstecken wir im Nachtragshaushalt -, kritisieren wir aufs Schärfste, weil Sie damit politisch und finanzpolitisch völlig verantwortungslos handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn natürlich ein Teil, ein kleiner Teil des Landesbank-Desasters eine Folge der internationalen Wirtschaftskrise ist, so ist doch der größte Teil des Desasters hausgemacht. Die Staatsregierung trägt hierfür gemeinsam mit dem Landesbankvorstand die Schuld. Der Nachtragshaushalt, den Sie heute vorgelegt haben, zeigt ebenso wie Ihr Reden und Handeln in der steuerpolitischen Debatte, dass Ihre alleinige finanzpolitische Leitlinie das Prinzip Hoffnung ist. Deshalb handeln Sie bei allem aner kennenswerten Bemühen um die Rettung der Bank finanzpolitisch in der Gesamtschau in besonders eindrucksvoller Weise unglaubwürdig und unseriös. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diese finanzpolitische Geisterfahrt nicht unterstützen. Deshalb werden wir Ihren Nachtragshaushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein, FDP.

Karsten Klein (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich befinden wir uns in einer Finanzkrise, natürlich befinden wir uns in einer internationalen Wirtschaftskrise. Die Presse ist täglich voll von neuen Nachrichten

von jenseits des Atlantiks, aber auch aus Europa. Wir werden hier morgen über Konjunkturprogramme debattieren. Solche Debatten werden überall auf der Welt geführt, besonders in den Vereinigten Staaten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur nicht in Bayern!)

- Wir führen doch morgen die Diskussion hier, also auch in Bayern. Ich will deshalb heute nicht allzu tief einsteigen. Unser Ansatz ist schon seit Langem ein anderer. Das gilt auch für das Thema "Mehr Brutto für Netto"; auch das möchte ich hier an dieser Stelle nicht vertiefen. Wir werden sicher morgen Gelegenheit haben, das auszuführen und einiges richtig zu stellen. Denn man darf hier nicht nur von Prozentsatzrechnungen ausgehen und von statischen Werten, sondern man muss sehen, dass sich die Wirtschaft im Wandel befindet. Das muss man immer mit einkalkulieren.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss man an der Stelle klipp und klar sagen, Frau Rupp. Über welche Dimension der Konjunkturprogramme würden wir morgen sprechen, wenn der bayerische Staat nicht zehn Milliarden Euro in die Hand nehmen würde, um die Bayerische Landesbank zu stützen?

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Auswirkungen für das Bankensystem, für die Mittelständler und für die Kommunen - liebe Freie Wähler! - schlimm, ja vielleicht sogar schlimmer wären, als wir es uns heute vorstellen können. Deshalb ist es für uns ein unerlässlicher Schritt, die Rettung der Landesbank über diesen Nachtragshaushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden von Abschirmung und Kapitalzufuhr. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir nicht nur über diese zehn Milliarden Euro reden, sondern dass wir auch eine Menge

Fragen stellen müssen. Dafür wurde auch eine Kommission eingerichtet. Wir fragen nach den Verantwortlichkeiten. Das ist völlig richtig. Allerdings würde ich an der Stelle nicht so weit gehen und über Täter sprechen. Ich empfinde den Begriff "Täter" mehr als deplatziert. Man kann sicher über Verantwortlichkeiten reden, Frau Rupp, aber über Täter sollte man an der Stelle nicht unbedingt reden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist auch uns, der FDP-Fraktion, sehr an Ursachenforschung gelegen. Das wird überhaupt nicht infrage gestellt. Denn nur der, der die Ursachen richtig betrachtet, kann auch für die Zukunft lernen. Auch das wollen wir in der Kommission tun. Wir wollen eine Diskussion über das Geschäftsmodell führen. Für uns ist es dabei völlig klar, dass es ein Geschäftsmodell ohne den engen Verbund mit den Sparkassen und dem Sparkassenverband nicht geben kann. Wir sind dezidiert der Meinung, dass die Sparkassen gefordert sind, neben warmen Erklärungen auch verbindliche Aussagen gegenüber der Landesbank, dem bayerischen Staat und den Bürgern abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Dies alles befreit uns aber sicher nicht davon, neben der Arbeit in der Kommission und neben unserer heutigen und morgigen Debatte in allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen darüber einen Diskurs zu führen, was bei der Finanzkrise passiert ist, welche Auswirkungen diese hat und welche Schlüsse daraus gezogen werden müssen. Wir müssen uns schon überlegen, wie wir dieses System in Zukunft auch international neu organisieren wollen. Wir alle sind gefordert, gemeinsame Schritte einzuleiten, wenn wir für die soziale Marktwirtschaft eintreten wollen.

Alles dies - die Kommission und die Beratungen - ist richtig und wichtig. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bayerische Staat für die Landesbank in enormem Maß in der Gewährträgerhaftung steht. Die Opposition tut so, als würde es diese Gewährträgerhaftung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir stecken in dieser Gewährträgerhaftung, und die lässt uns in der aktuellen Situation nur wenige Mittel übrig.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Wir sind durch die Gewährträgerhaftung gebunden. Deswegen können wir aktuell auch keine Diskussion über die Privatisierung führen. Wir könnten die Bank, wie das Beispiel IKB zeigt, nur zu einem ganz geringen Wert verkaufen. Wahrscheinlich müssten wir noch etwas dazugeben.

Das heißt aber nicht, dass wir langfristig nicht über die Privatisierung reden. Ich verstehe die Haltung der GRÜNEN und auch der SPD an dieser Stelle überhaupt nicht. Auf der einen Seite kritisieren sie in langen Reden, dass die Bayerische Staatsregierung für das Versagen der Landesbank verantwortlich sei. Auf der anderen Seite fordern sie aber, dass die Bank nicht privatisiert wird. Hier sehe ich einen Bruch in Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie sich doch einmal die gesamte Landesbankenlandschaft und die Landschaft der privaten Banken in Deutschland an. Bei allen Problemen, die bestehen, und bei allen Diskussionen, die berechtigt sind, kommen die privaten Banken aus der Krise doch besser heraus als die Landesbanken. Übrigens gab es auch Landesbanken in Ländern, in denen Rot-Grün regiert hat. Dort sieht es auch nicht besser aus.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht ist hier ein Zitat etwas falsch wiedergegeben worden. Wenn man vorne und hinten etwas weglässt, kommt oft etwas anderes heraus. Ich habe auch noch einmal mit dem Kollegen Hacker gesprochen. Wir stehen nicht dafür, dass Verluste sozialisiert und

Gewinne privatisiert werden. Das ist nicht die Haltung der FDP. Das möchten wir auch nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau das ist es aber!)

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht. Es ist sicher noch nicht abzusehen, ob wir dann, wenn wir mit der Restrukturierung fertig sind, über die Privatisierung das Geld einspielen werden, das wir bisher in die Landesbank investiert haben und auch jetzt noch investieren. Das steht sicher außer Frage. Mit der Privatisierung wollen wir aber die Schuldentilgung ermöglichen. Wir möchten, dass wenigstens ein Teil dieser zehn Milliarden, im besten Fall sogar alles, zurückgezahlt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute eine ganze Menge gehört. Wir haben viele Fragen gestellt. Wir haben viele Vorwürfe gehört. Vieles ist auch berechtigt. Bei allen Fragen, die gestellt worden sind, habe ich aber keinen einzigen Vorschlag gehört. Ich habe keinen einzigen Vorschlag der Opposition dazu gehört, wie sie die aktuelle Situation bewältigen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht denn Ihr Vorschlag aus? Wie wollen Sie die zehn Milliarden Euro beibringen? Oder heißt Ihre Alternative, dass Sie die Bank absaufen lassen und alle Folgen für die Sparkassen, die Kommunen und die bayerischen Bürger in Kauf nehmen? Ist das ihr Modell der Rettung und des Umgangs mit dieser Situation?

(Beifall bei der FDP)

Die einzige Forderung, die ich heute von der Opposition gehört habe, war, dass sie einen Sitz im Verwaltungsrat der Landesbank haben möchte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Das war das Einzige, was Sie heute gesagt haben. Sie erzählen den Bürgerinnen und Bürgern draußen, dass die Staatsregierung verantwortungslos handelt. Für Sie ist aber nur der Sitz im Verwaltungsrat wichtig. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Ihrer Argumentation komme ich nicht mit.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Da müssen Sie halt mitdenken!)

Des Kraftakts der zehn Milliarden Euro sind wir uns bewusst. Trotzdem halten wir am Ziel des ausgeglichenen Doppelhaushalts 2009/2010 fest. Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass uns im nächsten Jahr schwierige Zeiten bevorstehen. Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass wir die Diskussion über die zehn Milliarden Euro außerhalb der regulären Haushaltsdebatte führen. Sie haben es hier immer wieder gesagt. Wir sprechen über Fehler der Vergangenheit. Wir sprechen über Fehler, die in den 90-er Jahren und Anfang dieses Jahrzehnts begangen wurden. Die möchten wir nicht in die aktuelle Haushaltsdebatte einbeziehen. Deshalb werden wir dem Nachtragshaushalt zustimmen. Wir wissen, dass der Schaden an den bayerischen Bürgern, den Sparkassen und den Kommunen nicht eingeschätzt werden kann. Deshalb werden wir uns auch in der Kommission einbringen, damit unsere Fragen beantwortet werden. Wir stimmen diesem Nachtragshaushalt zu.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Eile ist geboten. Es geht um die Landesbank, es geht ums Bankensystem in Deutschland insgesamt, aber es geht vor allem um die Sparkassen und es geht um die Kommunen des Freistaates Bayern. Der Freistaat Bayern und der Verband der bayerischen Sparkassen gehen in gemeinsamer Verantwortung an die Situation bei der Bayerischen Landesbank und den daraus entstehenden Handlungsbedarf heran. Hinter der Entscheidung, dass der Freistaat Bayern die anstehende Kapitalerhöhung und Abschirmung alleine finan-

ziert, steht unser ausdrücklicher politischer Wille, neben der BayernLB auch die Sparkassen in ihrer wichtigen Funktion für das Gemeinwohl zu unterstützen. Mir ist es nicht verständlich, dass Teile der SPD diese Verantwortung nicht übernehmen.

Welche Alternativen sind uns denn aufgezeigt worden? - Überhaupt keine. In keiner einzigen Sitzung gab es einen Vorschlag der SPD dazu, wie man aus dieser Situation anders herauskommen könnte. Wollen Sie denn die Landesbank pleite gehen lassen? Wollen Sie wirklich, dass Freistaat und Sparkassen in voller Höhe von der Gewährträgerhaftung mit 110 Milliarden Euro getroffen werden? Sind Sie sich darüber im Klaren, was Sie damit anrichten könnten, wenn Sie diesen Nachtragshaushalt endgültig ablehnen?

Ihre Haltung, Kollege Maget, ist mir vollkommen unverständlich. Ich bin davon überzeugt, dass einige von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sich durchaus Ihrer Verantwortung für die Bank, für die Sparkassen in Bayern und für die Kommunen bewusst sind. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie sich der einzigen vernünftigen Lösung verschließen, nämlich der schnellen Hilfestellung für die Bayerische Landesbank. Sie machen Opposition um der Opposition willen.

(Beifall bei der CSU)

Folge davon könnte sein, dass die Landesbank pleite geht.

(Hans Joachim Werner (SPD): Sie haben sie doch in die Pleite getrieben! - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Frau Kollegin Rupp, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie klargestellt haben, dass Sie das Konzept der Landesbank geprüft haben. Sie sehen, dass das Konzept zur Rettung der Bank interessant ist, gute neue Wege aufzeigt, und dass Sie es, zumindest in Teilen, für vernünftig halten, wie Sie gesagt haben. Der Weg ist richtig, doch die SPD lehnt die Rettung der Landesbank, die Rettung der Sparkassen in Bayern und letztlich auch die Rettung der bayerischen Kommunen ab, weil die SPD gegen Steuerentlastung ist, weil

sie für eine Erhöhung von Hartz IV ist. - Das sind alles wunderbare politische Äußerungen, doch was hat das alles mit der Landesbank zu tun? Frau Kollegin Rupp, Sie haben vieles angesprochen, was richtig ist. Sie haben dargestellt, dass wir in den nächsten Wochen viele Dinge klären müssen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gemeinsam mit Herrn Kollegen Weidenbusch in der Kommission alle Sachverhalte aufklären wollen. Das wird uns allen helfen, Strategien zu entwickeln, wie wir künftig Probleme der Landesbank vermeiden können.

(Franz Maget (SPD): Ich habe gedacht, Sie haben schon welche!)

Ich bin auch Herrn Kollegen Pointner sehr dankbar, dass er darauf eingegangen ist, dass unsere Politik des ausgeglichenen Haushalts in den letzten Jahren die heutige Entscheidung deutlich leichter macht. Sie haben auch die Gefahren, die mit einer Liquidierung der Landesbank verbunden sind, deutlich gemacht. Sie haben aufgezeigt, dass es der einzige Weg ist, die Bank zu retten, damit auch Sparkassen und Kommunen gerettet werden.

Im Ergebnis haben Sie von der SPD gesagt: keine Privatisierung, kein neues Eigenkapital, und das heißt letztendlich: Liquidierung der Bank. Uns ist eine Privatisierung allemal lieber als eine Liquidierung dieser für Deutschland wichtigen Bank.

(Franz Maget (SPD): Wie wäre es denn mit einer Fusionierung? - Ulrike Gote

(GRÜNE): Alle fünf Minuten bringen Sie etwas anderes!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Chance, die Landesbank wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es geht um die Chance, das Bankensystem in Deutschland zu stärken. Es geht um den Erhalt der Sparkassen in Bayern, um den Schutz der Kommunen. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, denken Sie noch einmal darüber nach, stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu. Dann handeln Sie verantwortlich für Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Zu Wort kommt: Herr Kollege Pohl, Freie Wähler.

Bernhard Pohl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, den ausgestreckten Zeigefinger weiß ich wohl zu deuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin über den Gang dieser Debatte einigermaßen erstaunt. Vor zwei Wochen hat jeder der Redner noch die Dramatik beschworen, die Dramatik, in der wir uns angesichts einer Landesbank befinden, die umzukippen und den ganzen Freistaat in die Tiefe zu reißen droht. Vor zwei Wochen haben wir noch gehört, dass wir die Existenz unseres Staates aufs Spiel setzen, wenn wir diesem Sanierungskonzept nicht zustimmen. Ich habe meine Meinung nicht geändert, ich sehe die Situation nach wie vor dramatisch. Ich kann deshalb nicht verstehen, wenn sich diese Debatte auf einem eher intellektuellen Hochschulniveau bewegt. Es geht Ihnen um Kapitalismuskritik, Frau Kollegin Rupp? Soll ich jetzt eine Sozialismuskritik anbringen? - Herr Kollege Klein, bei Ihnen geht es um die Frage: "Wirtschaft ist im Wandel und Werden." Auch das eine Plattitüde, die der Ernsthaftigkeit, der Wichtigkeit des Themas nicht angemessen ist.

Es geht um drei Punkte. Erstens geht es um die Frage: Was können wir tun, was müssen wir tun, um die Landesbank am Leben zu erhalten und damit erheblichen Schaden vom Freistaat, von den Sparkassen und von den Kommunen abzuwehren? Zweitens: Welche Auswirkungen hat das auf unsere Haushaltslage? Drittens: Gibt es zu den vorgeschlagenen Lösungsansätzen Alternativen?

Vor diese Fragen, die die Zukunft betreffen, haben wir die Aufklärung gestellt, denn diese Aufklärung - und hier gebe ich Herrn Kollegen Winter recht - dient nicht nur dazu, Verantwortliche und Verantwortlichkeiten zu nennen, sondern auch dazu, dass man Fehler der Vergangenheit in der Zukunft nicht wiederholt. Sie dient aber auch der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Herr Kollege Klein, Sie sagen, man möge nicht von Tätern reden. Wenn ich Ihren Fraktionskollegen Kirschner im Ohr habe, dann hat er, wie ich, zu den Vorgängen schon eine deutlichere Sprache gesprochen. Ich denke schon, dass wir das Ganze beim Namen nennen müssen, anstatt verharmlosend davon zu sprechen, dass da Verantwortliche waren. Beim nächsten Mal waren es dann Verantwortlichkeiten und irgendwann war es dann wieder einmal der Sachzwang. Nein: Hier sind massive Fehler gemacht worden, und diese Fehler müssen verantwortlichen Personen zugeordnet werden. Wenn diese Personen sich strafrechtlich schuldig gemacht haben, dann kann, darf und muss man auch von Tätern reden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben die Frage des ausgeglichenen Haushalts angesprochen, Frau Kollegin Rupp. Völlig zu Recht, denn ich höre in dieser Debatte schon wieder: Na ja, die zehn Milliarden Euro werden irgendwo verräumt, wo man sie nicht sieht. Irgendwann ist das eine Erblast, die man eben mitzutragen hat. Nein, meine Damen und Herren: Wir starten in diese Legislaturperiode mit einem Minus von zehn Milliarden Euro. Das ist nicht zu vertuschen, das ist nicht wegzudiskutieren, das ist Fakt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, Sie sagen: Warum stimmt Ihr nicht zu oder nennt Alternativen? Ich sage Ihnen, es gibt keine. Wenn Sie uns in die Verantwortung für die Zukunft mit hineinnehmen wollen, dann akzeptieren Sie bitte auch, dass das nur um den Preis der Mitverantwortung geht. Es kann nicht sein, dass der eine Verantwortung trägt, während der andere die Entscheidungen fällt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

In der letzten Plenardebatte haben wir deutlich gesagt: Wir stimmen diesem Vorschlag zu, weil wir keine Alternative sehen, weil wir diese Entscheidung für notwendig halten.

Wir haben betont, das gilt nur, wenn rückhaltlos aufgeklärt wird und wenn alle Fraktionen in die Verantwortung für die Zukunft mit eingebunden werden, indem sie Sitz und Stimme im Verwaltungsrat bekommen.

Ich höre jetzt erstaunt, dass Sie von der CSU dankbar sind, dass wir die Aufklärung fordern. Das finde ich schön. Aber vor Wochen, meine Damen und Herren, waren Sie noch dagegen. Vor Wochen haben Sie das noch polemisch abgelehnt. Hätten Sie damals zugestimmt, wären wir jetzt schon viel weiter. Wir haben wertvolle Zeit verloren, obwohl die Zeit drängt. Der Ministerpräsident hat vor zwei Wochen gesagt: Wir müssen handeln, sonst ist Weihnachten mit der Landesbank Schluss. In so einer Phase kann man sich meiner Ansicht nach keine taktischen Spielereien leisten.

Deswegen bin ich einigermaßen bestürzt darüber, dass Sie von der Koalition unseren Forderungen nicht Folge leisten wollen und die Fraktionen des Bayerischen Landtags nicht gleichermaßen im Verwaltungsrat beteiligen und Mitverantwortung tragen lassen. Wir haben die Hand ausgestreckt, meine Damen und Herren! Wir haben gesagt: Wir stellen uns der Verantwortung für einen Vorgang, für den wir keine Verantwortung haben. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft. Wir haben die Hand ausgestreckt, Sie haben sie ausgeschlagen. Sie wollen unsere Zustimmung nicht, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auf Ihre Frage, Herr Graf zu Lerchenfeld "Warum stimmen Sie nicht zu?" sage ich: Das ist die Antwort. Sie wollen unsere Zustimmung, und wenn Sie die Zustimmung haben, dann machen Sie "weiter so".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann wollen Sie ohne die Beteiligung aller Fraktionen in diesem Haus nur die Regierungskoalition das Schiff steuern lassen. Da sage ich Ihnen: So läuft es nicht!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Unser Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger hat in der letzten Sitzung einen neuen Politikstil angemahnt und der Ministerpräsident hat ihm als Zeichen der Anerkennung dafür die Hand geschüttelt. Ich habe das als Zeichen aufgefasst, alte verkrustete Strukturen aufzubrechen, diese kindischen Sandkastenspiele - da Regierung, dort Opposition - endlich aufzugeben, dieses "51 % hat immer recht und 49 % hat immer Unrecht." Das muss endlich aufgegeben werden. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass hier 187 gewählte Mandatsträger sitzen, die das Volk zu seinen Repräsentanten bestimmt hat. Ich habe es so verstanden, aber heute muss ich feststellen, dass man nicht einmal bereit ist,

(Zuruf von der CSU)

- es fällt Ihnen schwer, das anzuhören, das kann ich verstehen -, ein Minimum an Verantwortung mit anderen zu teilen. Dieser Sitz im Verwaltungsrat ist doch nicht vergnügungssteuerpflichtig: Das ist doch nichts, wo man sich Orden und Ehrenzeichen abholen kann. Das ist doch ein sehr schwieriges Amt, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben sich doch in der Vergangenheit, hier nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Da wäre es nur recht und billig zu sagen: "Jawohl, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, es ist eine Aufgabe des gesamten Parlaments, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den wir in den Dreck gefahren haben. Wenn ihr uns helft, dann danke, aber dann bitte dürft ihr auch mit steuern."

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Thomas Kreuzer (CSU): Sie lehnen doch ab!)

- Wir hätten zugestimmt, Herr Kollege Kreuzer, wenn Sie die Teilhabe garantiert hätten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn es nach Ihnen ginge, dann würde es gar keine Landesbank mehr geben! Und jetzt wollen Sie einen Sitz im Verwaltungsrat?)

Herr Kollege Kreuzer, seien Sie etwas vorsichtig. Sie haben den Karren an die Wand gefahren, nicht wir. Wir waren noch gar nicht im Landtag, als Sie diese Beschlüsse gefasst haben. 58 Milliarden Euro aufgenommen: Herr Kollege Kreuzer, ich wäre sehr vorsichtig mit derartigen Äußerungen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Über die Zukunft dieser Landesbank sollen also nur diejenigen entscheiden, die ihre Zukunft fast verspielt hätten? Das kann ich nicht verstehen, das kann ich nicht begreifen, und deswegen, meine Damen und Herren, können wir, obwohl wir gerne zugestimmt hätten, unsere Zustimmung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Dann haben die Sparkassen keine Zukunft mehr!)

Denn dann geben wir Ihnen wieder einen Blankoscheck in die Hand, und den haben Sie nicht verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie mir - das sage ich Ihnen jetzt ganz persönlich -: Diese Abstimmung fällt mir nicht leicht. Es ist eine Abwägung zwischen der Verantwortung für die Landesbank,

(Alexander König (CSU): Und den Freien Wählern!)

zwischen der Verantwortung für den Freistaat Bayern und der Verantwortung für die Zukunft. Diese Zukunft legen wir Ihnen nicht einfach so in den Schoß und sagen: "Ihr habt einmal Fehler gemacht, ein zweites Mal werdet ihr es besser machen."

Nein. Wir hätten es gemeinsam mit euch gemacht. Wenn ihr es aber nicht gemeinsam mit uns machen wollt, wenn ihr es alleine machen wollt, dann müsst ihr leider auf unsere Zustimmung verzichten.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Fraktion die Abstimmung freigegeben zwischen Enthaltung und Ablehnung. Das ist eine schwierige Entscheidung, und ich wiederhole: Wir hätten liebend gerne gemeinsam mit Ihnen allen zusammen das Beste für die Landesbank, das Beste für die Bürger des Freistaats Bayern und das Beste aus einer verfahrenen Situation gemacht. Sie verfallen in die alte Arroganz und sagen: Wir können es besser, wir brauchen euch nicht. Wenn Sie uns nicht brauchen, dann bekommen Sie leider auch unsere Zustimmung nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Ich denke, man muss noch einmal wenige Worte zu den Ausführungen sagen, insbesondere zu denen des Kollegen von und zu Lerchenfeld.

Es ist mitnichten so, dass ich gesagt habe, das Geschäftsmodell sei interessant, sondern ich habe positiv darauf verwiesen, dass die Eckpunkte, die wir bereits vor einem Jahr genannt haben, zum Teil aufgegriffen wurden. Insofern finden wir das natürlich positiv.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Gedanken und Ideen der Sozialdemokratie vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung durchaus nicht selten erwähnt wurden und es hilfreich wäre für den ganzen Freistaat und für den Bayerischen Landtag, wenn man in manchen Fragen ab und zu mal auf die Sozialdemokratie hören würde. Dann hätte man sich insbesondere bei der Landesbank viel Geld sparen können.

Zum Zweiten möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben damals dem Ankauf der Hypo Group Alpe Adria - HGAA - zugestimmt. Wir haben damals auf Ihre Ausführungen vertraut, das war ein Fehler. Das werden wir als solches nicht wieder tun, wenn wir von Konzepten nicht überzeugt sind und wenn die Rahmenbedingungen, die wir nennen, nicht eingehalten werden. Das können wir im Moment nicht feststellen.

Es geht uns mitnichten darum, die Landesbank absaufen zu lassen. Kollege Klein hat es erwähnt. Das ist natürlich nicht unsere Absicht. Aber es ist die Aufgabe der Opposition, den Finger in die Wunde zu legen, wo wir der Ansicht sind, dass Konzepte nicht stimmig sind und Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, nicht umgesetzt werden. Das ist der Job der Opposition und nichts anderes. Wir haben nicht einfach einen Weg mit zu beschreiten, ohne diesen kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem wir diesen Weg kritisch hinterfragt und dabei festgestellt haben, dieser Weg führt bei uns zu keiner Zustimmung, ist es auch richtig, nicht Ja, sondern klar Nein zu sagen. Denn für uns ist die bisherige Darstellung nicht zufriedenstellend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich unmittelbar an den Kollegen Pohl wenden. Wenn wir diesen Nachtragshaushalt heute nicht beschließen, gibt es keinen Verwaltungsrat zu besetzen.

(Alexander König (CSU): Bei den Sparkassen auch nicht!)

Bitte bedenken Sie das. Wer heute den Nachtragshaushalt ablehnt, der sorgt dafür, dass es keinen Verwaltungsrat mehr gibt, weder für die Koalition, die die Regierung stellt, noch für die Opposition. Zweitens weise ich darauf hin, dass wir die Kommission zur Begleitung der Krisenbewältigung so konzipiert haben, dass dort Informationen im Umfang einer Verwaltungsratssitzung gegeben werden. Sie wissen das aus der bisherigen Erfahrung.

Lassen Sie uns bitte wie bisher in aller Ruhe abwarten. Wir haben aufgrund der Situation, wie sie ist, einen Markt, in dem wir stabil bleiben müssen und letztlich auch darauf

schauen müssen, wie die wesentlichen Agenturen unser Kreditinstitut bewerten. Mit einer Besetzung des Verwaltungsrats durch eine große Anzahl von Politikern schafft man bei Agenturen nicht unbedingt ein großes positives Bewusstsein.

Darum bitte ich Sie: Lassen Sie uns durch diesen Nachtragshaushalt die Bank am Leben halten. Wir arbeiten in der Kommission so, dass wir am Schluss sagen können, dass wir mitreden.

Wenn Sie das Gefühl haben, nicht informiert zu werden, dann ist es korrekt, darüber zu reden. Sonst läuft es ein wenig darauf hinaus, dass Sie jetzt sagen: Ihr wollt unsere Zustimmung haben. Wenn wir im jetzigen Moment nachgeben, würden wir das falsche Signal an den Markt senden. Wir werden danach aber sicher die Zeit haben, in der Kommission darüber zu reden. Sie ist ja so angelegt, und Sie haben das schon persönlich erlebt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pohl?

Ernst Weidenbusch (CSU): Ja.

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege Weidenbusch, sind Sie der Auffassung, dass das Rating der Bayerischen Landesbank sinkt, wenn außer drei oder vier Mitgliedern der CSU auch ein Freier Wähler, ein Sozialdemokrat und ein GRÜNER in dem Verwaltungsrat sitzen?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Pohl, so wie Sie die Frage gestellt haben, lautet meine Antwort: Nein; in diesem Fall sinkt das Rating nicht. Aber leider ist das im Moment nicht die Frage.

Zurzeit ist die Frage, ob wir in der Lage sind, den Verwaltungsrat der BayernLB für die nächste Zukunft, für die nächsten zwölf Monate, so zu besetzen, dass das Rating nicht

sinkt, bestenfalls steigt. Wenn es Ihre Frage gäbe, hätten Sie recht. Aber leider stellt mir momentan niemand Ihre Frage.

Die Frage, die mir die Agentur zurzeit stellt, ist, wie viel nachgewiesenen und anerkannten Sachverstand wir im Verwaltungsrat kurzfristig einbringen können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte ich jetzt Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Fahrenschon, CSU, das Wort zu nehmen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag nach der heute sehr ausführlichen Diskussion, die alle Seiten vor der schwierigen Entscheidung, die mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2008 verbunden ist, geführt haben, mit einem Dank beginnen.

Ich weise noch einmal deutlich darauf hin, dass alle Fraktionen mitgeholfen haben, dass wir in einem zügigen, in einem geordneten und auch konzentrierten parlamentarischen Verfahren die Stabilisierungsmaßnahmen, die mit der Landesbank verbunden sind, haben debattieren können.

Ich bin dem Abgeordneten Klein sehr dankbar, dass er noch einmal auf die Problematik hingewiesen hat, - auch Herr Pohl hat das getan -, mit welcher Geschwindigkeit wir uns dieser Fragestellung haben zuwenden müssen. Vor zwei Wochen - das gilt noch heute - haben wir die Debatte in dem Wissen eröffnet, dass eine Maßnahme notwendig ist, die die Stabilisierung einer systemrelevanten Bank möglich macht, die zur Hälfte dem Freistaat Bayern und zur anderen Hälfte den bayerischen Sparkassen und damit einem wesentlichen Träger des Finanzmarkts in Bayern gehört.

Wir hatten sehr intensiv abzuwägen, ob die Vorschläge, die die Bayerische Staatsregierung entwickelt hat, in dieser Situation die richtigen Instrumente und auch den richtigen Ansatz bieten, um die Stabilisierung der Bank zu erreichen.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Kontrollkommission, dass das Finanzministerium in mehreren Sitzungen lückenlos informieren konnte.

Ich will an dieser Stelle, Herr Pohl und Herr Aiwanger, vor dem Plenum betonen, dass meine Zusage an die Fraktion der Freien Wähler, in der nächsten Sitzung der Kontrollkommission auf ihren Fragenkatalog einzugehen, nach wie vor steht. Ich bitte aber auch, festhalten zu dürfen, dass im Gegensatz zum Fragenkatalog der GRÜNEN, den der Landtag beschlossen hat, der Fragenkatalog der Freien Wähler damals im Plenum keine Mehrheit gefunden hat, wenn er auch eine Zielrichtung hatte.

Vor diesem Hintergrund bitte ich, es mir nicht zum Vorwurf zu machen, dass ich Ihnen entgegenkomme und sage: Ich arbeite Ihre Fragen ab. Aber an dieser Stelle geht natürlich der Beschluss des Landtags vor. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Kontrollkommission ist festgelegt, dass ich in dem nächsten Termin der Kontrollkommission auf beide Fragenkataloge, also auf denjenigen, der von den GRÜNEN eingebracht und dann beschlossen wurde, und denjenigen, den Sie aus Ihrer Sicht zu Recht aufbereitet haben, eingehe.

Frau Kollegin Rupp, es gibt Fragen, zu denen heute keine Antworten gegeben werden können. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie sich die Landesbankenlandschaft in Deutschland entwickelt. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie das Geschäftsmodell der deutschen Landesbanken aussieht. Denn jetzt steht die Stabilisierung der BayernLB im Mittelpunkt. Die muss uns gelingen. Wenn sie uns gelungen ist, sind wir in der Lage, uns gemeinsam mit anderen Anteilseignern in die bundesweite Debatte zur Zukunft der Landesbanken und zur Entwicklung stabiler Geschäftsmodelle einzubringen. Wenn uns die Stabilisierung der Bank aber nicht gelingt, werden wir die Debatte über die strukturellen Änderungen der Landesbanken in Deutschland nicht erleben. Denn dann werden wir einen weiteren verheerenden Baustein zur Verschärfung und Problemerweiterung der Weltfinanzmarktkrise liefern.

Die Stabilisierung der BayernLB - das möchte ich deutlich herausstellen - ist alternativlos. Anderenfalls wäre mit weitreichenden Folgen für die Bank und die Gewährträger zu rechnen gewesen. Das könnte vor allem die bayerischen Sparkassen, ihre Träger, ihre Kunden und natürlich auch die mittelständische Wirtschaft in Bayern nachhaltig schädigen.

Und doch ist es richtig, dass der Staatshaushalt durch die notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB in den kommenden Jahren erheblich belastet wird. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Herr Kollege Hallitzky und Frau Abgeordnete Rupp, dass weitere Steuerentlastungen deshalb nicht darstellbar seien, zeigt, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.

Damit sind wir an der Stelle, wo Rot-Grün damals, in der Zeit, als Sie Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland getragen haben, auch schon große Fehler gemacht wurden. Denn in einer Zeit wirtschaftlicher Krise ist es umso wichtiger, dass wir zu Entlastungen von Wirtschaft und privaten Haushalten kommen. Wenn wir sie nicht entlasten, sind sie nicht in der Lage, zu investieren und zu konsumieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sind wir an dieser Stelle unterschiedlicher Auffassung.

Das hat aber sicherlich auch etwas mit dem generellen Grundverständnis zu tun, mit dem wir an die Wirtschaftskrise, die momentan weltweit herrscht, herangehen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Abgeordneter Hallitzky, ich glaube, Sie werden mir jetzt, nachdem ich der Debatte lange zugehört habe, Gelegenheit geben, meine Stellungnahme in einem Stück darzustellen. Ich bin sehr sicher, dass wir an anderer Stelle noch Gelegenheit haben werden, unsere unterschiedlichen Konzepte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik nebeneinanderzustellen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise stehen, die die Bundesrepublik, Europa und die Welt in den letzten hundert oder 120 oder 150 Jahren erlebt haben. Ich bin der festen Überzeugung - übrigens im Einklang mit der CSU- und der FDP-Landtagsfraktion -, dass wir die Menschen in unserem Land unterstützen müssen, damit die Krise gemeistert wird. Nur wenn unsere Wirtschaft wieder in Fahrt kommt, können wir mehr Steuereinnahmen verbuchen. Dazu brauchen wir die Wirtschaft. Dazu brauchen unsere Bürger Freiräume. Deshalb setzen wir uns für eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung ein. Das Gegenteil dessen, was Sie uns vorwerfen, ist der Fall. Wenn wir jetzt nicht an den richtigen Stellen gegensteuern, sind wir in der Zukunft noch weniger in der Lage, die besonderen Lasten der BayernLB zu tragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nur über eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung kann Wachstum und Beschäftigung eintreten. Nur so werden unsere Steuereinnahmen wieder steigen und nur so kann der Haushalt die Belastungen wie die Sanierung der BayernLB entsprechend auffangen.

Ich möchte schon noch einmal daran erinnern, dass wir in einem beispiellosen Kraftakt über den 2. Nachtragshaushalt 2008 die gesamte vorgesehene Kapitalerhöhung bei der BayernLB in Höhe von 10 Milliarden Euro alleine stemmen, obwohl der Mitanteileigner Sparkassenverband dieselbe Verantwortung trägt. Auch die Absicherung des ABS-Portfolios der Bank durch eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro übernimmt der Freistaat alleine. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren - das gehört zu dem momentanen zu zeichnenden Bild -, die Sparkassenseite hat klipp und klar signalisiert, dass sie unter den derzeitigen äußerst schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in der Lage ist, weitere Stützungsleistungen für die BayernLB zu erbringen. Wir dürfen an der Stelle nicht vergessen, das ist eine Maßnahme, die eine systemrelevante Bank stabilisiert und gleichzeitig den Sparkassensektor vollkommen von den

Lasten freistellt, weil wir uns der besonderen Rolle der Sparkassen in Bayern landauf, landab bewusst sind. Zu dieser Entscheidung stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre im aktuellen Umfeld ganz falsch, die Sparkassen zu überfordern und damit nachhaltig zu schädigen.

Deshalb halte ich, hält es die Bayerische Staatsregierung für unabdingbar, dass der Freistaat den Sparkassen die Lasten abnimmt, damit diese ihre gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise äußerst bedeutsame Funktion bei der Kreditversorgung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bayern weiter uneingeschränkt wahrnehmen können. Es ist nicht zuletzt ein Stützungsprogramm für die bayerischen Sparkassen. Es ist ein Stützungsprogramm für ihre Kunden. Es ist ein Stützungsprogramm für alle bayerischen Kommunen. Es ist ein Stützungsprogramm für die mittelständische Wirtschaft, und es sichert insbesondere die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ganz Bayern. Das ist der zentrale Grund für den Nachtragshaushalt Nummer 2 des Jahres 2008, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die Zustimmung zum 2. Nachtragshaushalt von allen Beteiligten viel abverlangt. Wie oft wurde in der Vergangenheit um kleine Beträge gestritten und Gelder wegen der Konsolidierung des Haushalts nicht bewilligt. Nun sind wir gezwungen, Kredite in einer bis dato unvorstellbaren Größenordnung aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch die berechtigte Frage im Raum: Reichen die jetzigen Stabilisierungsmaßnahmen aus, um die BayernLB nachhaltig zu sanieren, oder kann es noch schlimmer kommen? Ich möchte noch einmal unterstreichen: Ob die Stabilisierungsmaßnahmen auf Dauer ausreichen, kann niemand, auch nicht der bayerische

Finanzminister, auch nicht der Bundesfinanzminister mit Sicherheit vorhersagen. Allerdings können wir eines vorhersagen: Die Aufsicht, die Sonderbehörden, die Bundesbank, die Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung und ich hoffen, auch eine Mehrheit des Bayerischen Landtags weiß, wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird der Schaden noch größer, weil wir dann die bayerische Volkswirtschaft in den Strudel der Finanzmarktkrise hineinreiten. Das dürfen wir jetzt nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass die Abschirmung des ABS-Portfolios die BayernLB auf absehbare Zeit vor weiteren Einschlügen aus der Bewertungspraxis schützt.

Das Hauptrisiko für die Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, sehe ich allerdings vorrangig nicht im ABS-Portfolio, sondern in der dramatischen weltwirtschaftlichen Lage. Wir müssen jetzt erkennen, dass sich die Konjunktur nicht erst seit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Abschwung befindet. Aber die internationale Finanzmarktkrise sorgt für zusätzliche Belastungen. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Damit bin ich, Herr Abgeordneter Pointner, bei der Frage, warum wir die Kapitalzufuhr nicht über Rücklagenentnahme finanzieren. Ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, und deshalb haben Sie auch das Anrecht, die Grundkonzeption noch einmal zu hören. Die Staatsregierung hat sich bewusst dafür entschieden, dass die Kapitalzufuhr in vollem Umfang kreditfinanziert wird. Die Mittel aus der Haushaltssicherungs-, aus der Kassenverstärkungs- und aus der Bürgschaftssicherungsrücklage sind begrenzt. Diese Rücklagen dienen dazu, flexibel auf kurzfristige Belastungen des Haushalts reagieren zu können. Hier helfen sie insbesondere, Einnahmen in konjunkturellen Schwächeperioden aufzufangen. Wir brauchen deshalb jetzt genau die Mittel der Haushaltssicherungsrücklage, um am Ende über den Doppelhaushalt unseren Beitrag zu bringen, dass wir ein

hohes Investitionsniveau und eine kluge, zielgenaue Politik in Bayern vorbereiten können, damit wir in den Jahren 2009 und 2010 unseren bayerischen Beitrag leisten können und im Zusammenspiel mit den anderen Ländern, im Zusammenspiel mit den Nationalstaaten in Europa und mit der Europäischen Kommission diese wirtschaftspolitische Krise so kurz wie möglich gestalten. Nur dann können wir über unsere Wirtschaft und über Steuereinnahmen einen weiteren Beitrag zur Gegenfinanzierung der Lasten, wie es die Bank jetzt braucht, entsprechend leisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit meinem Amtsantritt und dem Amtsantritt der neuen Staatsregierung wurde intensiv an den Bereinigungen und an der Bereinigung der BayernLB gearbeitet. Es wurde die Garantievereinbarung mit dem SoFFin abgeschlossen. Die geplanten Kapitalmaßnahmen wurden am 4. Dezember dieses Jahres bei der EU-Kommission notifiziert. Die Bank und die Anteilseigner stehen im laufenden Kontakt mit der Kommission. Die Stabilisierungsmaßnahmen stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommission. Sie soll aber noch in dieser Woche erfolgen. Die erforderlichen Anmeldungen beim Bundeskartellamt und bei den Fusionskontrollbehörden anderer Staaten sind erfolgt. Die Abschirmungsvereinbarung soll am 19. Dezember unterzeichnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Frau Abgeordnete Rupp, auch an dieser Stelle: Der Bund ist mit dabei. Mit der Garantieübernahme durch die SoFFin zeigt der Bund, dass er mit dem Konzept zufrieden ist. Er hätte uns nämlich sonst die Garantie in Höhe von 15 Milliarden Euro nicht gegeben. Das darf man auch heute nicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch wichtig zu wissen, dass der Bund und die Europäische Union hinsichtlich der Restrukturierung der BayernLB dieselben Anforderungen stellen. Insbesondere muss jede Bank, die staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, nach einem halben Jahr einen Um-

strukturierungsplan präsentieren. Und die Geschäftspolitik des Instituts wird auf ihre Nachhaltigkeit überprüft.

Deshalb, meine Damen und Herren, kann man sich jetzt über verschiedene Dinge unterhalten. Herr Hallitzky, natürlich können wir darüber streiten, ob wir in Sachen Erbschaftssteuerreform gemeinsam unterwegs sind oder nicht. Abgesehen davon, dass wir aus dem Erbschaftssteueraufkommen auch noch den Länderfinanzausgleich zu bezahlen haben - deshalb stimmt Ihre Summenzahl nicht -, muss ich aber festhalten: Es ist unsere Überzeugung, dass wir in Deutschland besser aufgestellt wären, wenn die Länder in der Lage wären, auch in der Steuerpolitik Wettbewerbsansätze zu führen. Warum darf denn Bayern nicht in die Lage versetzt werden, bei einer Steuer, die bei uns aufschlägt, mit anderen Freibeträgen, mit anderen Sätzen zu anderen Ergebnissen zu kommen? Wenn der rot-rote Senat in Berlin etwas anderes machen will, dann ist das doch nicht unser Problem. Lassen Sie uns doch unsere Erbschaftssteuer nach unserer Maßgabe strukturieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe unumwunden zu, dass ich es bedauere, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angekündigt haben, dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz ihre Zustimmung zu versagen. Ich wende mich schon noch einmal an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, weil die Frage berechtigt ist, die der Herr Abgeordnete Klein herausgearbeitet hat: Wo ist denn Ihre Alternative? Wo ist denn Ihr Vorschlag, wie wir jetzt die BayernLB stabilisieren? Und wie können wir uns darüber unterhalten, wie wir sie dann, nachdem wir sie stabilisiert haben, weiter in gutem Einvernehmen entwickeln können? Ich glaube, dass Sie an dieser Stelle auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank enttäuschen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich gebe unumwunden zu, dass der Personalratsvorsitzende, mit dem ich ein Gespräch geführt habe, weil wir ihn in den Verwaltungsrat integrieren, darauf wartet, dass er die

Möglichkeit hat, neben der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, mit der er gesprochen hat, auch mit der Fraktion der SPD zu sprechen. Es hat sich in der Vergangenheit niemand bei ihm gemeldet, der in der Lage gewesen wäre, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB auch mit den Abgeordneten der SPD-Fraktion ihre Fragen austauschen können.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich glaube, dass man gerade in Krisenzeiten eine gemeinsame Verantwortung der Politik herausarbeiten kann.

Ich will an einer Stelle, Herr Pointner und Herr Pohl, noch deutlich machen, warum ich glaube, dass, bezogen auf die zukünftige Ausrichtung der Bank, wir eigentlich alle Chancen in unserer Hand haben. Wir haben in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst und vertrauensvoll - Finanzministerium, Vorstand der Bank - mit der vom Landtag eingesetzten Kontrollkommission gearbeitet. Sie haben meine Zusage - diese unterstreiche ich gerne noch einmal -, dass wir die intensive Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission weiter vorantreiben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen aber auch nur sagen - das hat der Abgeordnete Weidenbusch soeben zu Recht herausgearbeitet -: Diese Bank befindet sich in einer schwierigen, hoch komplexen Situation. Wenn unsere Antwort darin besteht, den Verwaltungsrat größer zu machen, den Verwaltungsrat quasi zusätzlich zur Sonderkontrollkommission des Landtags mit politischen Debatten zu überfrachten, dann - das ist meine feste Überzeugung - machen wir einen Fehler. Lassen Sie uns, die zuständigen und auch die Verantwortung tragenden Minister, die Mitglieder der Staatsregierung, die dem Verwaltungsrat auch in Zukunft angehören müssen - der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Innenminister -, die Debatte mit der Kontrollkommission führen, weil das Argument richtig ist, dass die besondere Größe der Problemlösung auch besondere Maßnahmen erfordert. Geben Sie aber dem Vorstand der Bank und dem Verwaltungsrat der Bank die Möglichkeit, das Geschäftsmodell der

Bank zu drehen. Wir haben uns dazu entschlossen, diese Bank neu aufzustellen. Wir haben uns dazu entschlossen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, das weltweite Engagement zurückzuführen und z. B. das Geschäftsfeld "Financial Institutions" zu 100 % zu schließen, weil wir uns genau damit die Probleme eingekauft haben. Lassen Sie uns daraus die Konsequenzen ziehen, aber belasten Sie nicht die Arbeit des Vorstandes und des Verwaltungsrates mit einem zwar nachvollziehbaren Wunsch, den wir aber im Zusammenspiel zwischen Finanzminister und Parlament auch hervorragend abdecken können.

Deshalb bitte ich Sie auch in Zukunft um konstruktive Zusammenarbeit. Ich will mich für die Zusammenarbeit der letzten Woche und Tage bedanken. Ich setze darauf, dass ich zusammen mit allen Fraktionen weiter an der Lösung der Probleme der BayernLB verantwortungs- und vertrauensvoll arbeiten kann, und ich bitte um Ihre Zustimmung zum Zweiten Nachtragshaushalt 2008.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Zweiten Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltsplans 2008 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/131.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2008 zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die drei anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen aus dem Bereich der Freien Wähler. Damit ist der Zweite Nachtragshaushaltsplan 2008 angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2008 selbst.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/95 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/148.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen kleinen Augenblick noch; die Weihnachtsfeier fängt anschließend gleich an.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist fast dasselbe Stimmergebnis wie vorher, bloß zwei Enthaltungen bei den Freien Wählern. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

- Nicht? - Herr Kollege, in namentlicher Abstimmung? - Jetzt komme ich ins Schleudern. 15 Minuten?

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, wir brauchen keine Wartezeit! Wir können sofort abstimmen.)

- Ach richtig, es ist ja eine Abstimmung über ein Gesetz. Entschuldigung.

Namentliche Abstimmung ist beantragt worden. Dann bitte ich, die Urnen aufzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen gleich noch Folgendes: Nachdem die Stimmen ausgezählt werden müssen, werde ich in der Tagesordnung weiterfahren und die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 aufrufen. Dazu findet keine Aussprache statt. Damit kann ich den Zeitplan für morgen verbessern.

Jetzt bitte ich um Abstimmung. Nachdem alle da sind, beträgt die Abstimmungszeit vier Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte, die Karten draußen auszuzählen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen --

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie noch um zehn Minuten Aufmerksamkeit. Ich gebe bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen ihre Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder für die Richter-Wahl-Kommission, den Landessportbeirat und den Landesgesundheitsrat benannt haben. Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten den für sie aufgelegten Mitteilungen auf den Drucksachen 16/154, 16/155 und 16/156 entnommen werden.

Außerdem gebe ich bekannt, dass heute Vormittag Herr Abgeordneter Dr. Manfred Weiß zum Vorsitzenden sowie Herr Vizepräsident Prof. Dr. Gantzer zum stellvertretenden Vorsitzenden der G-10-Kommission gewählt wurden. Wir nehmen davon Kenntnis.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, passen Sie bitte auf, weil Sie sich gleich wieder erheben müssen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008, Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008, bekannt. Das ist die Drucksache 16/95. Mit Ja haben 95 und mit Nein 57 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.12.2008 zu Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Staatsregierung; Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008; (2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drucksache 16/95)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			X
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	95	57	4